

# Stenographisches Protokoll.

## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

V. Gesetzgebungsperiode.

Freitag, 21. Dezember 1945.

### Inhalt.

1. **Angelobung** des Abgeordneten **Moser** (S. 17).
2. **Ergänzung der Tagesordnung** (S. 17).
3. **Mandatsniederlegung** des zum Bundespräsidenten gewählten Abgeordneten **Dr. Renner** (S. 18).
4. **Bundesregierung.**  
Zuschrift des Bundeskanzlers **Ing. Figl** betreffend die Ernennung der Bundesregierung (S. 18).  
Regierungserklärung des Bundeskanzlers **Ing. Figl** (S. 19).  
Debatte: Abgeordneter **Dr. Koref** (S. 27), Abgeordneter **Fischer** (S. 31), Abgeordneter **Ing. Raab** (S. 34).
5. **Verhandlungen.**
  - a) Regierungsvorlage, betreffend die Führung des Bundeshaushaltes bis 31. März 1946 (2 d. B.).  
Berichterstatter **Speiser** (S. 36); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 36).
  - b) Regierungsvorlage, betreffend das Zinsenthemmungsgesetz (3 d. B.), Berichterstatter **Dr. Kolb** (S. 37); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 37).
  - c) Regierungsvorlage, betreffend das Uniformverbotsgesetz (4 d. B.), Berichterstatter **Dengler** (S. 38); Redner: Abgeordneter **Wedenic** (S. 38); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 38).
  - d) Regierungsvorlage, betreffend die Einstellung von Strafverfahren und die Nachsicht von Strafen für Kämpfer gegen Nationalsozialismus und Faschismus (5 d. B.)/ Berichterstatter **Ing. Babitsch** (S. 39); Redner: Abgeordneter **Migsch** (S. 39); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 40).
  - e) Entschließung, betreffend die Angliederung Südtirols an Österreich; Antragsteller **Doktor Gschnitzer** (S. 40); Annahme des Antrages (S. 40).

### Beginn der Sitzung: 10 Uhr 25 Minuten.

Vorsitzende: Präsident **Kunschak**,  
Zweiter Präsident **Böhm**.

Schriftführer: **Rosa Jochmann**, **Dr. Maleta**.

Auf der Ministerbank nehmen, vom Hause und von den Galerien mit stürmischem Beifall begrüßt, die Mitglieder der Bundesregierung Platz:

Bundeskanzler **Ing. Leopold Figl**,  
Vizekanzler **Dr. Adolf Schärf**,

Bundesminister für Inneres **Oskar Helmer**,

Bundesminister für Justiz **Dr. Josef Gerö**,

Bundesminister für Unterricht **Dr. Felix Hurdes**,

Bundesminister für soziale Verwaltung **Karl Maisel**,

Bundesminister für Finanzen **Dr. Georg Zimmermann**,

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft **Josef Kraus**,

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau **Dr. Eugen Fleischacker**,

Bundesminister für Volksernährung **Doktor Hans Frenzel**,

Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung **Dr. Peter Krauland**,

Bundesminister für Verkehr **Vinzenz Übelis**,

Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung **Dr. Karl Altmann**,

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten **Dr. Karl Gruber**,

Bundesminister **Lois Weinberger**,

Staatssekretär (zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung des Bundesministers für Inneres) **Ferdinand Graf**,

Staatssekretär (zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung des Bundesministers für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung) **Ing. Karl Waldbrunner**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Die neue Bundesregierung ist im Hohen Hause erschienen. Ich begrüße sie im Namen des Hauses auf das allerherzlichste.

**Abg. Moser** ist zum ersten Male im Hause erschienen und wird die Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer, **Frau Jochmann**, die Angelobungsformel zu verlesen. Den **Abg. Moser** ersuche ich, beim Aufruf seines Namens die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

(Schriftführer **Rosa Jochmann** verliest die Angelobungsformel. — **Abg. Moser** leistet die Angelobung.)

Ich bitte das Hohe Haus, mir zu erlauben, daß ich einen Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung stelle, und zwar:

## 18 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 21. Dez. 1945.

1. Verhandlung und Beschlußfassung über die Regierungsvorlage, betreffend die Führung des Bundeshaushaltes in der Zeit bis 31. März 1946 (2 d. B.);

2. Verhandlung und Beschlußfassung über die Regierungsvorlage, betreffend die Auszahlung von Dividenden für das Geschäftsjahr 1944 und die Vergütung von Einlagezinsen für das Kalenderjahr 1945 (Zinsenthebungsgesetz) (3 d. B.);

3. Verhandlung und Beschlußfassung über die Regierungsvorlage, womit das Verbot des Tragens von Uniformen der deutschen Wehrmacht erlassen wird (Uniform-Verbotsgesetz) (4 d. B.), und

4. Verhandlung und Beschlußfassung über die Regierungsvorlage, betreffend die Einstellung von Strafverfahren und die Nachsicht von Strafen für Kämpfer gegen Nationalsozialismus und Faschismus (5 d. B.).

Ich ersuche jene Frauen und Herren, die meinem Vorschlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Hohe Haus hat meinem Vorschlag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zugestimmt.

Die Tagesordnung ist in diesem Sinne ergänzt.

Es sind Zuschriften eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Dr. Maleta (liest):

„An den  
Präsidenten des Nationalrates.

Im Hinblick auf meine Wahl zum Bundespräsidenten der Republik Österreich lege ich mein Mandat als Abgeordneter zum Nationalrat zurück.

Wien, am 20. Dezember 1945.

Renner.“

**Präsident:** Ich bitte, diese Mitteilung des Herrn Bundespräsidenten zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte, in der Verlesung des Einlaufes fortzufahren.

Schriftführer Dr. Maleta (liest):

„An den  
Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident am 20. Dezember l. J., gemäß Artikel 70, Abs. 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929, mich zum Bundeskanzler ernannt hat.

Weiters hat der Herr Bundespräsident ernannt:

1. Gemäß Artikel 70, Abs. 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929, den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Adolf Schärff zum Vizekanzler, den Abgeordneten zum Nationalrat Oskar Helmer zum Bundesminister für Inneres, den Sektionschef Dr. Josef Gerö zum Bundesminister für Justiz, den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Felix Hurdes zum Bundesminister für Unterricht, den Abgeordneten zum Nationalrat Karl Maisel zum Bundesminister für soziale Verwaltung, den Sektionschef Dr. Georg Zimmermann zum Bundesminister für Finanzen, den Abgeordneten zum Nationalrat Josef Kraus zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, das Mitglied des Bundesrates Dr. Eugen Fleischacker zum Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, den Landesernährungsreferenten Dr. Hans Frenzel zum Bundesminister für Volksernährung, den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Peter Krauland zum Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, den Abgeordneten zum Nationalrat Vinzenz Übeleis zum Bundesminister für Verkehr, den Senatsrat Doktor Karl Altman zum Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung.

2. Gemäß Artikel 70, Abs. 1, in Verbindung mit Artikel 77, Abs. 3, und Artikel 78, Abs. 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929, den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Karl Gruber zum Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten und ihm die sachliche Leitung dieser Angelegenheiten, unbeschadet des Fortbestandes ihrer Zugehörigkeit zum Bundeskanzleramt, übertragen.

3. Gemäß Artikel 70, Abs. 1, in Verbindung mit Artikel 78, Abs. 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929, den Abgeordneten zum Nationalrat Alois Weinberger zum Bundesminister.

4. Gemäß Artikel 70, Abs. 1, in Verbindung mit Artikel 78, Abs. 2, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929, das Mitglied des Bundesrates Ferdinand Graf zum Staatssekretär und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Inneres beigegeben; ferner den Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Karl Waldbrunner zum Staatssekretär und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung beigegeben.

Wien, den 20. Dezember 1945.

Ing. Figl.“

**Präsident:** Die Regierung ist im Hause erschienen und ich begrüße sie nochmals auf das herzlichste.

Zum Worte hat sich der Herr Bundeskanzler gemeldet; ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Ing. Figl (mit stürmischem, anhaltendem Beifall begrüßt): Hohes Haus! In einem geschichtlichen Augenblick trete ich heute vor Sie als die vom Vertrauen des gesamten österreichischen Volkes gewählte erste Nationalversammlung unseres Landes. Wir alle sind uns der tiefen Bedeutung dieses Tages bewußt. Vor dem Jahre 1914 war dieser Saal Schauplatz entscheidender politischer Ereignisse gewesen, die in die politische und staatliche Entwicklung eines Weltreiches tiefe Kerben schlugen. Nur mehr drei Männer sind es, die aus diesen Tagen in unsere heutige Zeit hereinragen und, noch immer vom gleichen Vertrauen des Volkes getragen, wiederum maßgeblich die Geschicke dieses Österreich und dieses Hauses beeinflussen, vorerst unser hochverehrter Herr Bundespräsident Dr. Karl Renner, ferner der neue Präsident dieses Hauses Leopold Kunschak und der Alterspräsident Karl Seitz. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.) Gestatten Sie, daß ich eingangs meiner Erklärung diesen drei Pionieren der Demokratie in Österreich als den Garanten unseres Weges aus dem Gestern in das zukunftsfrohe Morgen den Gruß entbiete. (Neuerlicher, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Österreich ist frei, dank des großen einmaligen Befreiungswerkes, das die Hauptmächte der Welt vereinte, um diese Welt wieder von dem Einfall der Barbarei zu erlösen. Unser Heimatland, das erste Opfer des faschistischen Imperialismus in der Welt, ist so wieder frei und selbständig geworden. Als erster, auf Grund legaler, unabhängiger demokratischer Wahlen mit der Führung der Regierung dieses Österreich betrauter Bundeskanzler ist es mir eine heilige Pflicht und aus tiefinnerlicher Überzeugung kommendes Bedürfnis, den Alliierten Mächten für ihre große Befreiungstat im Namen Österreichs zu danken. (Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen, wenden sich zu den Logen, in denen die Höchstkommmandierenden der Besatzungstruppen Platz genommen haben, und bringen diesen brausende Ovationen dar. — Stürmischer Beifall auf den Galerien.) Diese Befreiung Österreichs begann bereits bei den großen Alliierten-Beratungen in Yalta, Teheran und vor allem in Moskau. Die Feststellung der Unabhängigkeit Österreichs in diesen Konferenzen war die Geburtsstunde des aktiven Widerstandes in Österreich gegen den Nazismus, eines Widerstandes, der geboren

war aus der elementaren Ablehnung eines Systems, das zutiefst dem Wesen Österreichs widerspricht, und in das Österreich, nach jahrelangem hartem und opferreichem Widerstand, nur durch unerhörten Terror gepreßt wurde.

Ich grüße von der Regierungsbank aus, im Wissen darum, daß das ganze österreichische Volk in diesem Augenblick hinter mir steht, die Herren Oberkommandierenden der vier Alliierten Besatzungsmächte und danke den Alliierten Mächten für das militärische Befreiungswerk. (Stürmischer Beifall.) Ich danke den Herren Generalen, allen Offizieren und allen Mannschaften für das Verständnis, das sie Österreich, das die letzte Phase des Krieges im eigenen Lande erleben mußte, und unserer österreichischen Bevölkerung entgegengebracht haben. Ich danke schließlich dem Alliierten Rat in Wien und seinen Organen für die tatkräftige Hilfe und Unterstützung beim politischen, verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Staates, die es uns in unwahrscheinlich kurzer Zeit — wenn wir bedenken, daß vor sieben Monaten noch in Österreich die Kanonen donnerten — ermöglichten, Österreichs Bevölkerung zu freien unabhängigen Wahlen aufzurufen. Die österreichische Bevölkerung hat diesen großen Vertrauensvorschuß der Befreiermächte gewürdigt und durch Wahlen, die ohne Zwischenfall in vorbildlicher Ruhe und Mäßigung auf hohem geistigem und propagandistischem Niveau durchgeführt wurden, bewiesen, daß sie des Vertrauens des Alliierten Rates würdig waren. Die Wahlen wurden direkt und geheim durchgeführt. Sämtliche Besatzungsmächte haben dies damit anerkannt, daß sie dem Ergebnis der Wahl als demokratischer Willensmeinung des Volkes ihre Zustimmung gaben. Das österreichische Volk hat durch seine Entscheidung seinen Mut zur eindeutigen Demokratie unter Beweis gestellt, einer Demokratie, die nicht zügellos Freiheit irgendeiner Mehrheit oder Gruppe bedeutet, sondern organische Einordnung in den Interessenkreis der Gesamtheit. Österreich hat seine politische Reife erwiesen und vor aller Welt dokumentiert, daß es rückhaltlos jedwede Form von faschistischer Ideologie ablehnt. Gleichzeitig aber hat das österreichische Volk ein Bekenntnis abgelegt zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs und alle volksfremden imperialistischen Ideologien, wie die Anschlußidee usw., ein für allemal abgelehnt und verurteilt.

Ich habe die Ehre, Ihnen heute die auf Grund des Ergebnisses der ersten Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften Österreichs gebildete neue Regierung vorzustellen.

Die Regierung ist das Ergebnis des Willens aller Parteien, in Konzentration aller aufbauwilligen Kräfte dem Wunsche der Gesamtbevölkerung Rechnung zu tragen und in den nächsten Monaten alle Parteipolitik beiseitezustellen, im Interesse der Sicherung der dringendsten Lebenserfordernisse des Staates und jedes einzelnen seiner Bürger. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, bei diesem Anlaß den Mitgliedern der Provisorischen Regierung des neuen Österreichs unter der Führung des ersten Staatskanzlers und nunmehrigen Staatsoberhauptes von Österreich, Dr. Karl Renner, zu danken. (Lebhafter Beifall.) Wer objektiv und vorurteilslos das Werk der Provisorischen Regierung über- sieht, muß in aufrichtiger Bewunderung anerkennen, was hier unter Schwierigkeiten, die einmalig waren, völlig aus dem Nichts, aus Schutt und Trümmern geschaffen wurde. In wenigen Wochen gelang es, einen Verwaltungsapparat zu schaffen, der in bester österreichischer Verwaltungstradition bereits wieder funktioniert. Mit Unterstützung der Alliierten Mächte gelang es, die oft nahezu unlösbar scheinende notdürftigste Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen sicherzustellen. Wenn unsere Bevölkerung heute immer noch Not leidet und wir alle gerade in diesen Tagen vor Weihnachten es besonders schmerzlich empfinden, daß nirgends eine rechte Weihnachtsstimmung aufkommen kann, müssen wir uns nur an die Zeit vor sieben Monaten erinnern — es scheint uns heute so, als wenn es ebenso viele Jahre gewesen wären —, wo noch der Krieg im Zentrum von Österreich tobte, wo wir uns aus den Kellern nicht hinauswagen konnten und nicht wußten, ob wir am nächsten Tag noch am Leben sein werden. Doktor Karl Renners bleibendes Verdienst wird es sein, vom ersten Tag an mit seinen Mitarbeitern und Regierungsmitgliedern sich in den Dienst des Aufbaues gestellt zu haben. Das Werk, das er geschaffen hat mit seinen Mitarbeitern, ist ein stolzes Stück österreichischen Aufbaueistes, altösterreichischer Verwaltungskunst und fanatischen österreichischen Arbeitswillens. Sie, meine Herren, werden in den nächsten Wochen Gelegenheit haben, das reiche Gesetzeswerk dieser Provisorischen Regierung in den Ausschüssen zu prüfen. Sie werden daraus Sinn und Geist, Wollen und Wirken, Ergebnisse und Erfolg der Regierung Renner zur Kenntnis nehmen. Die Provisorische Regierung war getragen von der rückhaltlosen Arbeitsgemeinschaft der drei demokratischen Parteien Österreichs, der Sozialistischen Partei, der Kommunistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei. Unter Rückstellung

aller Parteigegensätze haben sie sich diesem Werk zur Verfügung gestellt. Ich darf daher heute nicht verabsäumen, namens der neuen Regierung auch den Parteileitungen dieser drei Parteien und vor allem den Mitgliedern des Politischen Kabinetts, meinen beiden Herren Kollegen Dr. Schärff von der SPÖ. und Koplenig von der KPÖ., namens Österreichs zu danken für ihre Arbeit. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Als ich auf Grund des Wahlergebnisses mit der Bildung der Regierung betraut wurde, habe ich mich hiezu im Einvernehmen mit meiner Partei, der Österreichischen Volkspartei, nur unter der Voraussetzung der Mitarbeit aller Parteien bereit erklärt, da ich persönlich auf Grund meines eigenen, harten und leidvollen Erlebens unter dem Naziterror den unverrückbaren Standpunkt vertrete, daß jede Wählergruppe in Österreich das Recht hat, durch ihren Vertrauensmann, wenn auch in entsprechender Rücksichtnahme auf den Proporz, an der Verantwortung beteiligt zu werden. (Allgemeine Zustimmung.) Ich bin überzeugt, daß die Vertreter der Alliierten Mächte als die auf Grund ihres einmaligen Befreiungswerkes für ganz Europa berufenen Hüter der demokratischen Entwicklung auf diesem Kontinent diesem Standpunkt ihre Anerkennung nicht versagen werden. Wir Österreicher werden niemals unsere große Verpflichtung gegenüber Europa und der Welt vergessen. Wir werden auch niemals der Tausende und aber Tausende Märtyrer vergessen, die als Beitrag Österreichs zu diesem Befreiungswerk bis in die letzten Tage des Kampfes um Wien für das demokratische Österreich gefallen sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Das Österreich von morgen wird ein neues, ein revolutionäres Österreich sein. Es wird von Grund auf umgestaltet und weder eine Wiederholung von 1918 noch von 1933 noch eine von 1938 werden. Die gesamte Staatsverwaltung muß neu geordnet werden, zuvörderst muß wieder die Einheit von Verwaltung und die Einheit der Gesetzgebung in Österreich hergestellt werden. Jeder Wiederaufbau, wie überhaupt jede positive Arbeit in Österreich, ist insoweit unmöglich, solange man dieses territorial an sich nicht große Land, das wirtschaftlich, politisch und verwaltungstechnisch seit Jahrhunderten organisch ineinander verflochten ist, in vier Zonen teilt. Die Wiederherstellung der Einheit Österreichs ist eine der vordringlichsten Voraussetzungen für jede Aufbauarbeit in diesem Staate. Die Öffnung der Demarkationslinien ist unerläßlich. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Ich möchte deshalb auch bei dieser Gelegenheit mich mit dem dringenden

Appell an die Alliierten Mächte wenden, sich bereits in nächster Zeit mit der Frage der Wiederherstellung der verwaltungstechnischen, wirtschaftlichen und politischen Einheit Österreichs zu befassen und diese Frage im Interesse Österreichs zu lösen. (Neuerlicher Beifall.)

Bei voller Anerkennung der althistorischen föderativen Konstruktion Österreichs muß künftig eine starke Staatsgewalt, getragen durch das Vertrauen des gewählten Parlaments, den Neuaufbau der österreichischen Verwaltung durchführen. Die Verwaltung im Staate, in den Ländern und in den Gemeinden muß weitgehendst demokratisiert werden. (Beifall.) Es darf keinen bürokratischen Staat im Staat mehr geben, sondern Können und Leistung muß die alleinige Richtschnur für die Heranziehung zur Mitarbeit in der Verwaltung sein. (Erneuter Beifall.) Nazi müssen aus der Verwaltung entfernt werden. (Stürmische Bravo-Rufe.) Nazistischer Geist in der Verwaltung des Staates und aller Selbstverwaltungskörper muß rücksichtslos ausgerottet werden. Dabei kommt es uns nicht auf den kleinen einfachen Mitläufer an, der aus Angst oder unter Zwang ein unverdautes Programm nachplärrte, sondern auf jene Kreise, die oft nicht einmal der NSDAP angehörten, aber viel schlimmer und gefährlicher den imperialistisch-nazistischen Geist, den autoritären Geist einer Sonderklasse vertreten haben. (Großer Beifall und Händeklatschen.) Gerade weil die neue Regierung die Absicht hat, die verführten kleinen Mitläufer nicht zu Märtyrern zu stempeln, gerade darum wird sie mit doppelter und dreifacher Strenge gegen die Verführer selbst, die Kriegsverbrecher, die Illegalen und die Funktionäre einschreiten und vor allem den Geist des Faschismus rücksichtslos bekämpfen und ausrotten. (Beifall.) Zu diesem Behufe ist auch eine weitgehende Reorganisation des gesamten Sicherheitswesens notwendig. Der Sicherheitsapparat muß Diener des Staates und restlos im Dienste der Regierung gegen alle Versuche und Bestrebungen, die demokratische Entwicklung Österreichs zu gefährden, einsatzbereit sein. (Lebhafte Zustimmung.) Alle drei Parteien Österreichs haben das gleiche Interesse daran. Recht muß wieder Recht werden in diesem Österreich, und zwar ein Recht, wie es im demokratischen Europa oberstes Gesetz ist. (Beifall.) Die Aufgabe der Justizverwaltung war bis jetzt die Säuberung allen nazistischen Gedankengutes in der Rechtsprechung und damit die Rückkehr zum bewährten österreichischen Recht. Das österreichische Strafrecht, die Strafprozeßordnung, das Jugendgerichtsgesetz, das Tilgungsgesetz ist bereits wieder in Kraft. Auf strafrecht-

lichen und zivilrechtlichen Gebieten sind alle Vorbereitungen bereits im Zuge, um dem österreichischen Rechtsempfinden Rechnung zu tragen.

Das Hauptaugenmerk wird die neue Regierung der Erziehung der Jugend widmen. Hier darf kein Mittel unversucht bleiben, um die neue Jugend mit gesamteuropäischem, demokratischem Gedankengut zu erfüllen. Hier darf aber auch kein Mittel unversucht bleiben, um die bereits mehr oder minder vom nazistischen Geist verseuchte Jugend wieder zur österreichischen Idee zurückzuführen oder ihr jede weitere staatszersetzende Tätigkeit unmöglich zu machen. (Zustimmung.)

Ungeheuer schwere Aufgaben, die heute zum Teil noch unlösbar erscheinen und ohne die Hilfe der Alliierten Mächte auch unlösbar bleiben, erwachsen der neuen Regierung auf dem Gebiete des Wiederaufbaues der Wirtschaft. Im Sofortprogramm der Regierung wird ihre vordringlichste Aufgabe die Sicherung der Ernährung für diesen Winter sein. Im Bewußtsein meiner Verantwortung für diese Aufgabe muß ich feststellen, daß deren Lösung ohne die tatkräftigste Mithilfe der Alliierten unmöglich ist. Österreich selbst wird die größten Anstrengungen machen, um das größtmögliche Maß an Nahrungsmitteln aus dem eigenen Lande zur Verfügung zu stellen, wobei die Öffnung der Demarkationslinien die unerläßlichste Voraussetzung ist. Trotzdem wird Österreich allein nicht die Lage meistern können, wenn nicht durch ernste Schwierigkeiten neue Radikalismen und politische Extreme in Österreich die Oberhand gewinnen sollen. Ich danke dem Alliierten Rat in Wien namens der gesamten Bevölkerung Österreichs, ohne Unterschied der Partei, für seinen Beschluß, an die UNRRA wegen sofortiger Hilfsmaßnahmen für Österreich heranzutreten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ganz Österreich hat diesen Beschluß als Erlösung empfunden und wird gerne bis zur Realisierung dieser Hilfe unter Anspannung aller Kräfte versuchen, aus eigener Kraft und mit weitgehenden Einschränkungen über diese Krisenzeit hinwegzukommen. Die maßgebenden Faktoren des UNRRA-Hilfskomitees für Österreich haben bereits mit der Regierung Fühlung genommen.

Neben der Ernährung ist es vor allem die Beheizungsfrage, die der neuen Regierung die größten Sorgen bereitet. Der härteste Teil des Winters steht uns noch bevor. Wir wissen und erkennen die Sorgen der Bevölkerung, vor allem in Wien, und wir werden kein Mittel unversucht lassen, um wenigstens das notwendigste Brennmaterial herbeizuschaffen. Es ist dies vor allem ein Transportproblem. Auch

hier sind wir auf die Unterstützung der Alliierten angewiesen. Eng zusammenhängend damit ist die Frage der Beschaffung von Bekleidung für die Ärmsten unserer Bevölkerung. Die größte und heiligste Aufgabe aber für uns wird es sein, unsere Kinder über diesen Winter hinwegzubringen. Dazu möchte ich jetzt schon unsere ganze Bevölkerung zur Mithilfe auffordern. Die Regierung wird eine großzügige Kinderhilfsaktion einleiten. Wir bedauern es, daß es angesichts der wenigen Tage, die uns von Weihnachten trennen, nicht mehr möglich ist, diese Aktion noch im heurigen Jahre durchzuführen. Ich kann aber versichern, daß die ersten Aktionen der neuen Regierung zu Beginn des Jahres 1946 unseren Kindern gelten, die wir mit Hilfe von Landverschickung, Kinderausspeisung und Auslandsaktionen und nicht zuletzt durch eine umfassende Neuorganisation und Intensivierung der Gesundheitspflege für die Kinder über diesen Winter hinwegbringen müssen. (Lebhafter Beifall.) Uns Erwachsenen darf kein Opfer zu groß sein, um das Leben unserer Kinder zu sichern. Wir werden hier jede sich bietende Chance ausnützen, jede Anregung wird aufgegriffen, jede Privatinitiative unterstützt. Österreich hat ungeheure Blutopfer in diesen letzten Jahren gebracht, in Hitlers Kerkern zuerst, auf den Schlachtfeldern dann und schließlich in der Heimat unter dem Bombenhagel. Wir sind ein armes Land geworden, unser einziger Schatz sind unsere Kinder. Hier kann aber nur geholfen werden, wenn alle mithelfen.

Nahezu ein Drittel der österreichischen Bevölkerung gehört der manuellen Arbeiterschaft an. Diese Arbeiterschaft hat in den ersten Tagen der Befreiung in anerkennenswerter und bewunderungswürdiger Weise, zum Teil initiativ allein und zum Teil in Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern, an der Wiederingangsetzung der Betriebe gearbeitet. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Es ist selbstverständlich, daß jede Regierung, die es mit diesem Staate ehrlich meint, dies zur Richtschnur ihres sozialpolitischen Programms macht. Mit der Versklavung des Arbeiters, wie sie das Hitlerregime brachte, muß radikal Schluß gemacht werden. (Erneuter Beifall.) Wir wollen wieder einen zufriedenen Arbeiter, der mit seiner Familie glücklich und zufrieden in einer gesunden Wohnung mit einem ausreichenden Lohn Einkommen leben kann. Soziale Gerechtigkeit, gerechte Lohnverhältnisse, gesunde Arbeitsbedingungen und die Sicherung eines ruhigen Lebensabends für unsere Altersrentner und Arbeitsinvaliden muß zu den sozialen Kardinalforderungen jeder österreichischen Regierung gehören. (Großer Beifall.) Es ist

selbstverständlich, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse es der neuen Regierung unmöglich machen, hier endgültige Lösungen zu treffen, es ist aber genau so selbstverständlich, daß sie zumindest den Keim legen muß und für künftige Lösungen auf diesem Gebiete schon jetzt versuchen wird, allen Schutt auf diesem Wege wegzuräumen. Hiezu gehören ebenfalls alle nazistischen Ideologien, die gerade auf diesem Gebiet größtes Unheil angerichtet haben.

Der neuen Regierung ist es klar, daß ihr gerade auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für den Arbeiter die allerschwersten und allergrößten Aufgaben erwachsen, da durch die Nationalsozialisten das ganze große Sozialwerk Österreichs, das einst vorbildlich war für die ganze Welt, zertrümmert wurde. Es ist mein persönliches Bestreben, hier im Wege der Wiedergutmachung für die verschiedenen Institutionen nicht nur der Berufskörperschaften, der Sozialinstitute und Gewerkschaften, sondern auch der einzelnen politischen Parteien in ihrem sozial- und kulturpolitischen Sektor, deren Funktion seit dem Jahre 1934 stillgelegt war, Wiederherstellungs-, bzw. Ausgleichsmöglichkeiten zu schaffen, soweit dies im Rahmen der materiellen Möglichkeiten des neuen Staates tragbar ist. (Beifall.) Völlige Wiederherstellungen sind unmöglich, das muß und wird jeder ehrlich Meinende am Neuaufbau zugestehen. Auch hier wird sich die ehrliche und vorbehaltlose Zusammenarbeit aller Parteien notwendig erweisen, so wie sie sich im Wahlkampf und in der Konsequenz desselben erfreulicherweise gezeigt hat, um gemeinsame tragbare Grundlagen zu finden.

Neben diesem Sofortprogramm der neuen Regierung, das keine Minute Verzögerung verträgt, muß aber schon jetzt Vorsorge getroffen werden für Planung und Vorbereitung des Aufbaues der Gesamtwirtschaft. Die Struktur der österreichischen Wirtschaft stellt in ihrer Gesamtheit eine organische Einheit dar, sie kann weder aus der Schau einzelner Produktionszweige oder Wirtschaftsgruppen noch von der Warte einzelner Bundesländer aus gelöst werden. Sie ist in ihrem Wesen geworden und gewachsen aus jahrhundertalten wirtschaftspolitischen Gegebenheiten im Lande selbst und aus ebenso alten handelspolitischen Beziehungen und Verknüpfungen mit den Nachbarstaaten und dem übrigen Ausland. Der wirtschaftspolitische Dilettantismus des Naziimperialismus hat diese gewordene Wirtschaft über Nacht zerschlagen, hat künstliche Produktionen aus kriegstechnischen Gründen aufgebläht, hat alte heimische Wirtschaftstradition vernichtet und vor allem überall an die Stelle der Qualität den

Bluff gesetzt. Dies gilt für die Produktion genau so wie für die Arbeitnehmerschaft, der an Stelle ihrer alten bewährten sozialpolitischen Einrichtungen der KDF-Schwindel vorgesetzt wurde. So ist bereits während der ganzen Nazizeit schlimmster Raubbau an der Wirtschaftssubstanz in Österreich getrieben worden, wobei ich gar nicht von der direkten Verschleppung österreichischen Gutes ins Nazireich sprechen möchte. Die Entgüterung der Wirtschaft hat in den letzten Monaten einen Höhepunkt erreicht. Wir sind Bettler geworden und müssen von Grund auf neu anfangen in einem Ausmaße, wie es die österreichische Wirtschaftsgeschichte noch niemals erlebt hat.

Ich stamme selbst aus der Wirtschaft, ich habe jahrelang mich mit den wirtschaftspolitischen Fragen der Landwirtschaft theoretisch und praktisch nicht nur in Österreich, sondern im Gesamtrahmen der Weltwirtschaft intensiv befaßt. Ich kenne die Schwierigkeiten jedes Neuaufbaues, aber ich kenne auch die ungeheure Produktionskraft, die in der österreichischen Arbeitsleistung steckt, und wenn ich darum heute hier bekenne, daß ich tief durchdrungen bin von dem Glauben daran, daß es uns gelingen wird, unsere Wirtschaft hochzubringen, dann berechtigt mich hiezu mein Wissen um den Fortschrittsgeist und den eisernen Arbeitswillen der Bauernschaft und die höchstwertige Qualitätsleistung des österreichischen Handwerkers und Arbeiters. (Lebhafter Beifall.)

Die Voraussetzung jedes Wirtschaftsaufbaues ist der Abbau jeder wirtschaftsfremden unorganischen Belastung der Wirtschaft und die Sicherung der Währung. Der Verwaltungsapparat muß weitgehend entbürokratisiert werden. (Zustimmung.) In diesem Zusammenhange muß ich auch an die Alliierten Mächte appellieren und um eheste Herabsetzung der Besatzungstruppen auf ein für unsere Wirtschaft erträgliches Maß bitten. (Stürmischer Beifall.) Das österreichische Volk hat bewiesen, daß es des Vertrauens der Befreier würdig ist.

Zum Wiederaufbau der Währung sind alle Vorkehrungen getroffen. Im Jahre 1938 zählte der österreichische Schilling zu den stabilsten Währungen der Welt. Das Deckungsverhältnis war beispielgebend in Europa. Die nazistische Inflationspolitik in Europa hat ganz besonders auch Österreich verarmt. Die erste Maßnahme der Regierung auf diesem Gebiete muß es sein, die weitere Überflutung Österreichs mit Marknoten zu verhindern, wenn nicht jede vernünftige Wirtschaftsplanung unterbunden werden soll. Die Regierung Doktor R e n n e r hat als eine ihrer letzten Arbeiten

das Schillinggesetz geschaffen, das die Konvertierung und Außerkraftsetzung der Marknoten durchführt. Ich weiß, daß die praktische Durchführung vorübergehend Schwierigkeiten brachte und berechtigte Kritik in der Bevölkerung zur Folge hatte. Doch der Schnitt mußte gemacht werden. In seiner Folge muß das valutarische Gleichgewicht wieder hergestellt werden. Auch dazu wird es Opfer seitens der Bevölkerung brauchen. Es ist aber selbstverständlich, daß bei dieser endgültigen Regelung der Währungsfrage die Besitzenden stärker herangezogen werden müssen als die Besitzlosen. (Starker Beifall und Händeklatschen.) Es ist selbstverständlich, daß auch jene Kreise, die, anstatt ihre geringen Spargelder auf ein Sparbüchel einzulegen, sich Immobilialwerte, Schmuck oder dergleichen angeschafft haben, ihren Beitrag leisten müssen. (Neuerlicher Beifall.) Und es ist weiters selbstverständlich, daß die Ärmsten, die nichts haben als ihr geringes Einkommen, weitgehendst geschont werden müssen. Die neue Regierung wird gerade dieser Frage in besonderer Weise ihr Augenmerk zuwenden müssen.

Das Budget für das Jahr 1946 wird das Hohe Haus in Berücksichtigung der derzeit im Aufbau begriffenen Wirtschaft besonders eingehend beraten müssen.

Meine Partei hat vor den Wahlen erklärt: Wir können nichts versprechen, sondern wir müssen fordern, gerade weil wir es ehrlich mit Österreich meinen. Als neuer Kanzler dieses Staates muß ich diesen Satz wiederholen. Wir müssen Opfer bringen, denn nur dann kann es besser werden. Ich weiß schon, daß dies unpopulär ist, aber wir wollen auch diesmal wieder beweisen, daß es uns nicht um parteipolitische Demagogie, sondern um Österreich geht. (Bravorufe und Händeklatschen.) Die Opfer, die wir bringen, müssen freilich unter weitgehendster Berücksichtigung der sozialen Lage der einzelnen aufgeteilt werden. Österreich braucht Arbeit, um leben zu können, und kann nur arbeiten, wenn dem einfachen Arbeiter und Bauern der Arbeitsertrag mit dem Gelde bezahlt wird, für das er sich auch etwas kaufen kann. (Zustimmung.)

Die Stabilisierung der Währung wird uns die Möglichkeit geben, die großen wirtschaftlichen Reformen auf einem festen Boden wieder anfangen zu können. Wenn ich hier wieder die Landwirtschaftsförderung an erster Stelle nenne, so vor allem deswegen, weil diese die Grundlage bildet für die Sicherung unserer Ernährung in der Zukunft. Unsere Bauern brauchen Saatgut, sie brauchen Zuchtvieh, sie brauchen Düngemittel, sie brauchen vor allem Bspan-

nungen und Traktoren und alle sonstigen maschinellen Einrichtungen zur Intensivierung der Produktion. Wir müssen wieder intensiv arbeiten, um das Größtmögliche aus dem Boden herauszubringen. Daneben muß der Absatz völlig neu organisiert werden. Hierzu bedarf es in erster Linie der Regelung der Transportfragen. Ganz Österreich muß wieder ein einheitliches Wirtschaftsgebiet werden. Es darf nicht vorkommen, daß in irgendeinem Gebiet Produktionsüberschüsse bestehen, während anderswo Mangel herrscht. Die vielen Tausende von Joch Ackerboden, die von den Nazis für ihre militärischen Zwecke der Volksernährung entzogen wurden, müssen sofort wieder der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Es wird in diesem Zusammenhange eine der vordringlichsten Aufgaben der Regierung sein, im Rahmen einer gesunden und wirtschaftspolitisch berechtigten tragbaren Bodenreform unseren weichen Bauernsöhnen und unseren braven Landarbeitern Besitz und Existenz zu schaffen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Unsere einst vorbildliche landwirtschaftliche Sozialversicherung muß im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft neu aufgebaut werden. Das wertvollste Volksvermögen in Österreich, unser Wald, an dem von den Nazis in unverantwortlicher Weise Raubbaugetrieben wurde, muß wieder genützt und fachlich einwandfrei bewirtschaftet werden.

Fast noch schwieriger liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Industrie, des Gewerbes und des Handels. Die Industriestätten sind größtenteils zerstört oder durch die Kriegswirtschaft ihrer eigentlichen Produktionsbestimmung entfremdet. In den einzelnen Betrieben entstanden ungeheure Verluste an Anlagewerten, die der Ingangsetzung dieser Betriebe größte Schwierigkeiten entgegenstellen. Daß es gelang, auch auf diesem Gebiete bereits Anfangserfolge zu erzielen, zeigt die Ingangsetzung des Licht- und Kraftstromnetzes in Niederösterreich bereits drei Monate nach der Befreiung dieses Landes, die Instandsetzung der Wiener städtischen Wasserwerke, Straßenbahnlinien usw., ein beispielgebender Beweis für den Aufbauwillen Österreichs. (Lebhafter Beifall.) Dies ist nur ein Beispiel für viele. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Industrie wird das Fallen der Demarkationslinien und damit der ungehinderte Verkehr zwischen den Rohstoffzentren und den Produktionsstätten sein. Hierbei liegen die Rohstoffverhältnisse in einzelnen Betriebszweigen gar nicht so schlimm, wenn nur die Transport- und einige sonstige Detailfragen gelöst werden.

Besondere Beachtung wird die Regierung dem Wiederaufbau des von den Nazis systematisch zerstörten österreichischen Gewerbes zuwenden. Österreichs Geschmacksgewerbe, die Wiener Mode, sowie das Ledergewerbe, das Kunsthandwerk, Glas und Keramik, volkstümliches Gewerbe in den Alpenländern — Sie verzeihen, wenn ich hier nicht alles anführen kann —, all das genoß einst Weltruf. Wir müssen diesen Ruf in kürzester Zeit wieder zurückerobern. Ich bin überzeugt, daß bei ehrlichem Willen dank der Stärke aller aufbauwilligen Kräfte und in Fortführung der Arbeitsgemeinschaft nicht nur zwischen den drei politischen Parteien, sondern auch — und das möchte ich besonders unterstreichen — der Bereitschaft zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in ganz Österreich — wobei ich besonders an die unerläßliche Mitarbeit des Gewerkschaftsbundes appelliere — es gelingen wird, auch hier viele Fragen, die uns heute noch unlösbar erscheinen, zu erklären und Wege zu einer Lösung zu finden. (Zustimmung.)

Arbeit zu schaffen für jeden einzelnen, muß das Programm der neuen Regierung sein. Es werden Umschulungen großer Gruppen von Arbeitern notwendig sein, es wird sich die Schaffung neuer Industrien nötig erweisen, und wir werden auch in einer Reihe von Schlüsselunternehmungen, in Anlehnung an das in der Provisorischen Staatsregierung beschlossene Verstaatlichungsgesetz, deren Vergesellschaftung im Interesse des gesamten Staates gelegen ist, zur Verstaatlichung oder Kommunalisierung schreiten. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Österreichs hat sich für die Beibehaltung der Privatinitiative, des Eigentumsbegriffs und des Leistungsprinzips in diesem Staate entschieden. Dies ist ein eindeutiger demokratischer Willensentschluß, er hindert aber nicht, dort, wo die Privatinitiative wirtschafts- und sozialpolitisch versagt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Dies wird für die neue Regierung Richtschnur sein.

Im Rahmen des Wiederaufbaues kommt der Lösung des Wohnungsproblems die größte und vordringlichste Bedeutung zu. Die Regierung ist sich ihrer Pflicht auf diesem Gebiete nicht nur voll bewußt, sondern sie wird ihr bestes Können und Wollen daransetzen, über die unmittelbar notwendigen Notstandsmaßnahmen hinaus bereits vom ersten Tage an ein ganz großzügiges Wohnbauprogramm zu erstellen, das in erster Linie eine Wiedergutmachungsfrage auf diesem Gebiete ist und wobei sich die Solidarität des gesamten österreichischen Volkes erweisen muß. Wer das

Glück hatte, sein Haus unbeschädigt aus den Kriegswirren zu retten, hat die große Verpflichtung, dazu beizutragen, daß dem Nachbarn, dessen Haus zerstört ist, sein Eigentum wieder geschaffen wird. Wer im Besitze einer unbeschädigten oder wenig beschädigten Wohnung ist, muß dazu beitragen, daß dem Nachbarn, der ausgebombt und all seines Gutes beraubt ist, geholfen wird. Wer eine große Wohnung hat, muß stärker beitragen als der, der eine kleine hat. Witwen und Waisen müssen stärker berücksichtigt werden als Familien, wo der Familienerhalter gesund aus dem Kriege heimkam. Kurz, wir sehen nicht nur im Wohnungsproblem, sondern auch in allen Maßnahmen zu seiner Lösung, auch soweit sie kapitalistische Wege gehen müssen — ohne Privatinitiative ist das Problem unlösbar —, eine Angelegenheit von eminenter sozialer Bedeutung.

Darf ich nun noch ein Problem erwähnen, das in den letzten Monaten viel zu wenig berücksichtigt wurde und das mir persönlich als eines der verpflichtendsten erscheint. Es ist das Problem unserer Kriegsgefangenen und Heimkehrer. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Die überwiegende Mehrzahl bester und bravster österreichischer Arbeiter, Bauern und Angestellter wurde unter dem Zwang der Hitlerschen Kriegsgesetze einberufen und ausnahmslos an die gefährdeten Fronten geschickt. Diese Leute mußten vor allem deswegen in den Krieg ziehen, weil sie keine Nazi waren, während die Herren Illegalen und Funktionäre der NSDAP wohl den Mund recht voll nahmen, sich aber gleichzeitig uk. stellen ließen. (Zustimmung.) Diese unsere braven Heimkehrer stehen nun unter schwerstem seelischem Druck. Sie, die immer dieses Regime und den Krieg verurteilt hatten, kommen nun zurück mit der Marke, daß sie für dieses Regime gekämpft haben. Wir wissen, daß alle Alliierten Mächte bereits während des Krieges genau den Unterschied gekannt haben zwischen diesen Opfern des Terrors und jenen, die hinter ihnen standen, um sie in die Feuerlinie zu treiben. Ich würde eine selbstverständliche Pflicht versäumen, wenn ich nicht von dieser Stelle aus auch aus diesem Grunde den Alliierten Mächten danke für die begünstigte Sonderbehandlung unserer österreichischen Kriegsgefangenen. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Für Österreich selbst und für seine Regierung aber ergibt sich daraus eine besondere Verpflichtung. Die Alliierten Mächte haben zugesagt, daß sie unsere Kriegsgefangenen in kürzester Zeit in die Heimat entlassen werden. Wir müssen nun alles tun, um diese Frist noch weiter abzukürzen, wir müssen aber auch alles ver-

lassen, um unseren Heimkehrern wieder den raschesten Einbau in die Wirtschaft, in ihre alten Berufe und ihre alten Arbeitsstätten zu ermöglichen. Unsere besondere Fürsorge muß den Kriegsversehrten gelten, deren Schicksal besonders tragisch ist und die in eine Linie zu stellen sind mit allen übrigen Märtyrern und Opfern des Naziregimes. Daß wir den direkten Opfern des Hitlerregimes, den Kz-lern, allen jenen, die in den Hitlerkernern litten, welcher Partei und welcher Konfession sie auch angehört haben mögen, ihren Weg in eine neue bessere Zukunft in jeder Form erleichtern, brauche ich als langjähriger Kz-ler nicht besonders zu unterstreichen. (Beifall.) Daß wir hiebei der Witwen und Waisen unserer Märtyrer nicht vergessen, ist eine heilige Pflicht.

Durch die Anerkennung der ersten im Sinne der Verfassung gebildeten Regierung Österreichs seitens der Alliierten Mächte wird Österreich wieder in die Lage versetzt, eine aktive Außenpolitik zu betreiben. Österreich, das in seiner ganzen jahrhundertealten Kultur, westlich orientiert, immer das aufgeschlossene Tor war für die großen wertvollen Beiträge des Ostens, für die gesamte Kultur der Welt hat eine Schlüsselstellung für Europa. Jede österreichische Regierung muß sich dieser Aufgabe bewußt sein. Für uns aber, die wir in Österreich selbst die enge Zusammenarbeit und in deren Konsequenz den einmaligen Aufbau der demokratischen Konstitution und damit unserer neuen kulturellen und politischen Sendung in Europa durch die vier Oberbefehlshaber der Alliierten Armeen erlebt haben, ist das doppelte Verpflichtung.

Die geographische und wirtschaftliche Konstruktion Österreichs bedingt es, daß die Zusammenarbeit dieses Staates nicht nur in wirtschaftspolitischer, sondern vor allem auch in außenpolitischer Beziehung mit allen friedliebenden Nationen der Welt, besonders mit den Alliierten Großmächten, herbeigeführt wird. (Lebhafter Beifall.) Mit den unmittelbaren Nachbarstaaten, u. zw. vor allem der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien, hoffen wir in engste Beziehungen zu kommen. (Beifall.) Es wird das vordringlichste Bestreben der österreichischen Regierung in außenpolitischer Beziehung sein, gerade auf diesem Gebiete bereits in allernächster Zeit die Fühlungnahme herzustellen und zu entsprechenden Klärungen und Lösungen zu kommen.

Wir wollen nicht von der Ungerechtigkeit gewisser Grenzziehungen vom Jahre 1918 reden, das haben maßgebende Faktoren der Weltpolitik in den letzten Jahrzehnten wieder-

holt getan. Eines aber ist für uns kein Politikum, sondern eine Herzenssache, und das ist Südtirol. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Galerien.) Die Rückkehr Südtirols nach Österreich ist ein Gebet jedes Österreicher. (Neuerlicher Beifall.) Als zweites unabdingliches Gesetz unserer Außenpolitik muß ich die Unteilbarkeit unseres Kärntnerlandes in seinen alten Grenzen bezeichnen. (Brausender Beifall.) Das freie, unabhängige und demokratische Österreich fühlt sich bereits heute auf Grund seiner außenpolitischen Ideologie als ein Teil der „Vereinten Nationen“. Es wird sein Bestreben sein, in baldigster Zeit auch die Legitimation hiefür zu haben. (Großer Beifall.)

Es ist selbstverständlich, daß meine Regierung die auf Grund ihres großen Befreiungswerkes gegebene Autorität der Alliierten Mächte auch außenpolitisch anerkennt. Sie wird bestrebt sein, mit dem Alliierten Rat, dessen Verständnis und Hilfsbereitschaft für Österreich und seine Bevölkerung wir seit seinem ersten Zusammentreten in Wien mit besonderem Dank feststellen konnten, in engster Weise zusammenzuarbeiten. (Lebhafter Beifall.) Die österreichische Regierung wird hierbei in loyalster Weise den Intentionen des Alliierten Rates im Interesse der Bevölkerung Österreichs Rechnung tragen.

Hohes Haus! Ich habe eingangs meiner Erklärung auf die große Tradition dieses Saales verwiesen und den Senioren dieses Hauses gedankt. Für mich war das auch ein Stück Symbol, und ich möchte meine heutige Erklärung nicht abschließen, ohne namens des — wenn Sie gestatten — jungen, neuen Österreichs unserer großen alten österreichischen Tradition zu gedenken. Dieser österreichische Geist war jahrhundertlang das stärkste Bollwerk gegen alle Versuche imperialistischer Einseitigkeit in diesem Europa. Er war das ausgleichende Moment in Europa. Unser neues Österreich ist ein kleiner Staat, aber er will dieser großen Tradition, die vor allem eine Kulturtradition war, treu bleiben als Hort des Friedens im Zentrum Europas. Wenn wir immer wieder mit allem Fanatismus heimatverwurzelter Treue zu uns selbst betonen, daß wir kein zweiter deutscher Staat sind, daß wir kein Ableger einer anderen Nationalität jemals werden noch werden wollen, sondern daß wir nichts anderes sind als Österreicher, dies aber aus ganzem Herzen und jener Leidenschaft, die jedem Bekenntnis zu seiner Nation innewohnen muß, dann ist dies keine Erfindung von uns, die wir heute die Verantwortung für diesen Staat tragen, sondern die tiefste Erkenntnis aller Menschen, wo immer sie auch stehen mögen

in diesem Österreich. (Lebhafter Beifall.) Diese Erkenntnis ist gegründet auf unsere alte Kultur, auf unsere kulturelle Mission.

Und so dürfen wir bei allen dringlichsten Erfordernissen des unmittelbaren politischen und wirtschaftlichen Alltags niemals auf unsere einmalige kulturelle Aufgabe vergessen. Hiefür aber bedürfen wir der Mithilfe und Mitarbeit unserer Jugend, gerade der Jugend, die in diesen letzten Jahren dem ganzen Ansturm einer infernalischen Hetzpropaganda ausgesetzt war und die trotzdem in den Widerstandsbewegungen aller Parteien zurückgefunden hat zu sich selbst, zu ihrer Heimat, zu Österreich. Unsere Erziehungsaufgabe auf diesem Gebiete ist ungeheuer groß. Wir müssen unserer Jugend wieder das fehlende Rüstzeug geben, das ihr durch Jahre hindurch vorenthalten wurde: die Schulbildung, die Hochschulbildung, die Volksaufklärung und die Volksbildung in breitem Maße muß wieder im rein österreichischen Geiste erfolgen. Die besten Männer, die wir auf diesem Gebiete zur Verfügung haben, sind gerade noch gut genug dafür. Darüber hinaus aber rufe ich jetzt auch unsere österreichische Jugend selbst auf zur Mitarbeit. Namens der neuen Regierung, die sich selbst als die Vertreterin der kommenden Generation in diesem Staate fühlt, rufe ich die Jugend zum Neuaufbau Österreichs. Wir wollen das neue, das junge Österreich, wir wollen Euer Österreich bauen. Der Weg ist steil und schwer. Ihr müßt uns als Avantgarde vorangehen!

In wenigen Tagen feiern wir Weihnachten. Weihnachten ist für uns ein Hochfest der Familie. Es wird heuer leider kein Weihnachten sein, so wie wir es gerne haben möchten. Auf den Christbäumen, wenn wir welche haben, wird ein schönes Päckchen voll Sorgen hängen. Trotzdem wollen und dürfen wir nicht verzagen, sondern gerade an diesem heurigen Weihnachtsabend, wo zum erstenmal wieder die Kerzen in einem neuen demokratischen Österreich leuchten und alle, die ehrlich mitarbeiten wollen, die gleichen Rechte haben sollen und werden, gerade jetzt in diesen Weihnachtsstunden wollen wir versprechen, daß wir alle zusammen nichts unversucht lassen werden, um bis zu den nächsten Weihnachten wieder so weit zu sein, daß jeder in Österreich ein Stückchen Glück und Zufriedenheit unter dem Weihnachtsbaum vorfindet.

Wenn ich in der heutigen Sitzung des Nationalrates, die die letzte im heurigen Jahre ist, Ihnen, meine Herren Vertrauensmänner des österreichischen Volkes, ein frohes Weihnachten und ein glückliches und zukunfts-sicheres Neujahr wünsche, so tue ich dies in

der Hoffnung und mit der Bitte um Ihre Mitarbeit, damit wir Stück um Stück und Stein um Stein gemeinsam im nächsten Jahr zusammenlegen können für den Neuaufbau unseres geliebten Österreichs.

Dies ist auch mein Wunsch und zugleich auch meine Bitte an das gesamte österreichische Volk. Und nur wollen wir an die Arbeit gehen!

Hohes Haus! Ich bitte namens der Regierung um das Vertrauen für diese neue schwere, aber ehrliche Zusammenarbeit für unser Österreich. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Galerien.)

**Präsident:** Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich der Herr Abgeordnete Raab zum Worte gemeldet; ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Raab:** Ich beantrage, über die Regierungserklärung die Debatte zu eröffnen.

**Präsident:** Ich bringe den Antrag des Herrn Abgeordneten Raab zur Abstimmung. Die Beschlußfähigkeit des Hohen Hauses ist gegeben.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem Antrage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Koref das Wort.

**Abg. Dr. Koref:** Hohes Haus! Wir stehen schon wieder so tief und so stark inmitten des neuen Werdens, des neuen Alltags, daß wir fast nicht die Zeit zur Besinnlichkeit aufbringen. Die Ereignisse jagen einander in beinahe verwirrender Hast. Am 25. November die ersten demokratischen Wahlen; das befreite österreichische Volk hat die Männer und Frauen seines Vertrauens gewählt. Die Parteien haben ihre Delegiertenkonferenzen abgehalten, um den gewählten Funktionären Weg und Richtung zu bestimmen und Vollmacht zu geben. Der neugewählte Nationalrat ist zusammengetreten, um sich arbeitsfähig zu machen. Die Verfassungsgrundlagen der zweiten Republik Österreich sind endgültig geworden und fest untermauert. Die Bundesversammlung hat den höchsten Repräsentanten des Staates, das Staatsoberhaupt, gewählt, und am dritten Tage dieses historischen, denkwürdigen Triduums stellt sich die erste verfassungsmäßig bestellte Bundesregierung dem Parlamente vor.

Man muß einen Augenblick innehalten, um diesen lebhaften Pulsschlag unserer jungen Demokratie voll Freude und Genugtuung zu konstatieren und in Stadt und Land die Diagnose hinauszurufen: Wir sind nach Jahren

hoffnungslosen politischen und moralischen Siechtums nun doch wieder auf dem richtigen Wege der Genesung. Wir haben heute das Ohr der ganzen Bevölkerung, ja das Ohr der Welt. Wir sind stolz auf diesen Tag und wollen ihn nützen, wie es sich gehört!

Da geziemt es sich vor allem auch unsererseits, der Provisorischen Staatsregierung unter der unvergänglichen zielsicheren Führung des seit Jahrzehnten bewährten Altkanzlers und nunmehrigen Bundespräsidenten Doktor R e n n e r mit heißem Dank zu gedenken, die alle Voraussetzungen schuf für diesen Ehrentag der wiedererstandenen österreichischen Demokratie. (Langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Wenn das Volk Österreichs unter den furchtbaren Folgen des schrecklichsten Krieges aller Zeiten, des von Adolf Hitler gewollten totalen Krieges, so unendlich schwer zu leiden hat, dann darf und muß es in dieser Stunde für einen flüchtigen Augenblick an die qualvollen Leiden der letzten Jahre erinnert werden, wie dies Herr Bundeskanzler Ing. Figl getan hat. Ein Spiegelbild des damaligen Elends der gepeinigten, zu jeder Tag- und

Nachtstunde ihres armseligen Lebens nicht mehr sicheren städtischen Bevölkerung müßte den Menschen vorgehalten werden, damit sie sich mit Mut und seelischer Stärke zur Gegenwart und Zukunft bekennen, trotz all der augenblicklichen Not und Drangsal. Schon jetzt ist das Österreich der April- und Maitage dieses Jahres fast nicht mehr zu erkennen, und doch sind erst sieben bis acht Monate seit jenem totalen Zusammenbruche vergangen!

Unendlich viel ist seither vollbracht worden, um den Krieg zu liquidieren, unendlich viel, unvorstellbar viel wird noch zu tun sein.

Zu dieser historisch einmaligen Gewaltleistung haben sich die drei demokratischen Parteien des Landes in einer Konzentrationsregierung zusammengefunden. Wir stellen fest, daß auch uns Sozialisten dies der Sinn der Wahlen vom 25. November, der Wille des Volkes zu sein scheint. Darum unsere Bereitschaft. Diese Bereitschaft, dem Volke das zu geben, was es in schicksalhafter Zeit braucht, gehört zur bewährten Tradition der österreichischen Sozialisten. Es würde die Weihe der Stunde trüben, wollte man bei dieser Erfahrungstatsache länger verweilen!

Die Frauen und Männer Österreichs haben am 25. November die ÖVP. zur stärksten Partei des Landes gemacht. Sie hat in pflichtgemäßer Achtung dieser demokratischen Willensäußerung den neuen Bundeskanzler gestellt und damit auch die Hauptlast der Verantwortung für die nächste Zukunft auf sich genommen. In den Jahren 1919, 1920 mühte

sich die später von politisch unreifen Elementen so viel geschmähte schwarz-rote Koalition ehrlich um den Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Diesmal stellen sich Sozialisten und Kommunisten zur Mitarbeit und Konzentration der Kräfte zur Verfügung. Die ÖVP. führt, die Sozialisten folgen, so weit sie den Weg gemeinsam marschieren können.

Der gute Wille zum gemeinsamen Werke und Wege ist auf beiden Seiten vorhanden. Hoffen wir, daß er nicht durch Extratouren undemokratischer oder antidemokratischer Wegelagerer, die da und dort lauern mögen, gestört werde!

Bundeskanzler Figl hat das ergreifend Symbolhafte des Zusammenwirkens der drei greisen altösterreichischen Politiker Seitz-Renner-Kunschak in den drei letzten Tagen der Grundsteinlegung mit eindrucksvollen Worten hervorgehoben. Das Bekenntnis der neuen Regierung zur Demokratie und Demokratisierung der Verwaltung verpflichtet für alle Zukunft. Wir sind gerade in diesem Punkte feinfühlig und etwas empfindlich geworden, niemand wird es uns verargen, wenn wir zur Wachsamkeit mahnen. Kanzler Figl spricht von der Ausrottung des Nazigeistes oder, besser gesagt, Ungeistes. Vielleicht ist es kein bloß schöner Zufall, daß ein Österreicher das nun vielzitierte Wort „von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität“ geprägt hat. Wir wollen den Nazigeist überwinden, geistig bezwingen, der Idee der Gewalt die Gewalt der Idee entgegenhalten. Nicht mit mechanischen Zwangsmaßnahmen, die Gefahr laufen, eine unzulängliche Kopie Hitlerscher Methoden zu sein, sondern mit bezwingender Toleranz gegenüber irregeleiteten Menschen, die verzweifelt nach seelischem Halt suchen, wollen wir die sogenannten „Unbelasteten“ in das demokratische Getriebe im gegebenen Zeitpunkte wieder einbauen, mit unbarmherziger Strenge Schuldige und Schuldbeladene oder gar Rückfällige der verdienten Strafe zuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Beides gebieten unseres Erachtens staatspolitische Klugheit und demokratisches Ideengut. Es ist meine persönliche unverrückbare Überzeugung, daß Haß auf die Dauer kein aufbauendes Bauelement ist, sondern destruktiv, da es nicht bindet, sondern trennt! Milde, Freundschaft, Liebe sind konstruktive Bauelemente, weil sie binden und kitten. Haß ist ein Zeichen des innerlich Schwachen, Milde das Merkmal des innerlich Gefestigten und Starken.

Die vom Herrn Bundeskanzler in Aussicht gestellte „Reorganisation des Sicherheitswesens“ darf nicht zwischen polaren Extremen verlaufen. Die Demokratie kann nur von Demokraten behütet werden. (Beifall und Händeklatschen.) In dieser Hinsicht sollten

wir gewitzigt sein. Daß Heimatschutz und Schutz der Heimat nicht immer identisch sein müssen, haben wir leidvoll erfahren. (Lebhafte Zustimmung.) Sapiienti sat! Dem Wissenden genügt es. Wir wollen nicht in alten Wunden wühlen.

Dem Jugendproblem verspricht die neue Regierung aus dem Munde ihres Kanzlers, besondere Beachtung widmen zu wollen. Solchen Vorschlägen werden wir mit ganz besonderem Interesse entgegensehen. Die Schule ist vom Nationalsozialismus buchstäblich zugrunde gerichtet worden; das in der ganzen gesitteten Welt als vorbildlich anerkannte österreichische Schulwesen war dem Verwesen nahe. Hier heißt es, die zielbewußt begonnene Arbeit mit feinem Verständnis in fortschrittlichem Geiste fortzusetzen und Rückfall in schulreaktionäre Tendenzen unter allen Umständen zu vermeiden. (Lebhafter Beifall.)

Der Herr Bundeskanzler sprach mit offenem Freimut von den fast „unlösbar scheinenden Aufgaben auf dem Gebiete der Wirtschaft“. Schon die Provisorische Staatsregierung hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Alliierten Mächte auf die fürchterlichen Gefahren und Leiden hinzuweisen, die der mittlerweile hereingebrochene Winter für das österreichische Volk bringen wird. In geradezu beschwörender Form möchten auch wir die Siegermächte bitten, der österreichischen Volksregierung bei der Lösung dieser katastrophalen Schwierigkeiten mit wirksamsten Mitteln behilflich zu sein. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Wir sind dankbar für das, was geschehen ist, wir haben aber die Einsicht, daß all das noch nicht annähernd ausreicht, um das Allerschlimmste in letzter Minute abzuwenden. Das alte Wort: Doppelt gibt, wer schnell gibt, hat hier seine volle Berechtigung. Die Regierung muß und wird alles tun, um die im Lande selbst vorhandenen Kräfte mobil zu machen. Allein diese können nach der Auspumpung des Landes durch die verhängnisvolle preußische Kriegsmaschinerie nicht mehr annähernd ausreichen. Dazu die Zerstückelung des Landes durch die Demarkationslinien, die damit verbundene Lähmung des Verkehrswesens und des Wirtschaftslebens, das aus eigener Kraft unlösbare Transportproblem. Die neue Regierung muß an Aufgaben herantreten, die jeden Einsichtigen fast zaghaft machen könnten. Die Reduzierung der Besatzungstruppen erscheint uns als ein wirtschaftliches Kardinalproblem von ganz entscheidender Bedeutung. (Lebhafte Zustimmung.) Die Höhe der Besatzungskosten droht jede finanzpolitische Maßnahme der Bundesregierung geradezu zu paralysieren. (Erneute Zustimmung.)

Auch die Sozialistische Partei Österreichs appelliert in dieser Stunde an die schon mannigfach bewährte und dankbarst anerkannte Hilfsbereitschaft der Alliierten, Österreich in seiner grenzenlosen Not zu Hilfe zu kommen und mit einer frohen Weihnachtsbotschaft die Herzen aufzurichten. (Lebhafter Beifall.)

Das fürchterliche Kindersterben in weiten Teilen Niederösterreichs, die himmelschreiende Not der Wiener sollten das Gewissen der Welt aufrütteln. Unser Wien hat der Welt so viel Schönes, Edles und Großes gegeben, daß es vor der Weltöffentlichkeit Gehör finden muß und — wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben — in letzter Stunde doch noch finden wird. Möge Weihnachten 1945 den Wendepunkt seines traurigen Geschickes bringen!

Jedenfalls findet uns die Regierung in all diesen Bemühungen ehrlich an ihrer Seite. Auch in den schon seit langem im Gange befindlichen Bemühungen, die nicht eine einzelne Partei für sich reklamieren sollte, die Kriegsgefangenen in die heißersehnte und langentbehrte Heimat zurückzuführen. (Anhaltender Beifall.) Hierin sind sich alle Österreicher einig. Was die wirtschaftlichen Probleme im einzelnen betrifft, so erwarten wir von der Regierung vernünftige Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, eine moderne Absatzregelung durch entsprechende Kooperation der Produktions- und Konsumgenossenschaften, die kluge Durchführung der längst fälligen Bodenreform (lebhafter Zustimmung) und vor allem eine großzügige, weitblickende, das gesamtösterreichische Interesse wahrende Planung und Ausführung des Wiederaufbaues der Industrie. (Erneute Zustimmung.) Daß eine unter bürgerlicher Führung stehende österreichische Regierung zum erstenmal sich hierbei ausdrücklich die Mitarbeit der Gewerkschaften sichern will, verdient rühmlich vermerkt zu werden. (Beifall.)

Kanzler Figl hat auch von der Förderung des heimischen Gewerbes gesprochen. Hier handelt es sich um ein besonderes Aktivum unserer Handelsbilanz. Österreichische Qualitätsware hat sich schon lange vor dem zweiten Weltkriege den Weltmarkt erobert und unseren Export wirksam gehoben. Schon aus währungspolitischen Erwägungen verdient dieses Kapitel unserer Volkswirtschaft ganz besondere Beachtung.

Die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers hinsichtlich der Weiterentwicklung der Sicherungsmaßnahmen für unsere Währung nehmen wir mit aufmerksamem Interesse zur Kenntnis und unterstreichen mit besonderem Nachdruck unser ausdrückliches Be-

gehen, daß die damit wahrscheinlich verbundenen Opfer nach sozialen Gesichtspunkten aufgeteilt und die kleinen Sparer unter allen Umständen geschont werden müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Opfer, die ein Volk zur Liquidierung seiner Nöte unweigerlich bringen muß, dürfen zwar nicht Gegenstand demagogischer Künste und Kniffe werden, aber sie müssen unter allen Umständen gerecht abgewogen und zubemessen werden. (Neuerliche Zustimmung.)

Im übrigen hat Herr Bundeskanzler Figl ernste, verpflichtende Worte über ein sozialpolitisches Programm gesprochen und „soziale Kardinalfragen“ aus dem kostbaren Erbe unseres unvergeßlichen Hanusch aufgezählt (lebhafter Beifall), zu denen er verbis expressis die Alters- und Invaliditätsversicherung rechnet. Einst heißumstrittene Dinge gehören nun zur geistigen Rüstkammer der Konzentrationsregierung, wohl der sprechendste Beweis dafür, daß wir Sozialisten seit eh und je die Pioniere des gesunden Fortschrittes waren und für uns mit Recht das Lied reklamieren dürfen: „Mit uns zieht die neue Zeit.“ (Lebhafter Beifall.) Wir registrieren ferner mit Genugtuung, daß für Kanzler Figl und seine Regierung die berechtigten Wiedergutmachungsansprüche mit dem Jahre 1934 beginnen. (Großer Beifall und Händeklatschen bei den Parteigenossen.) Diese ausdrücklich ausgesprochene Anerkennung der Forderungen unserer damals vom Austrofaschismus brutal usurpierten Einrichtungen und liquidierten Organisationen enthebt uns der Notwendigkeit, darüber mehr zu sagen. Die Demokratie von 1945 knüpft damit erfreulicherweise unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen und Auspizien bei der von uns verfochtenen Demokratie der Dreißigerjahre an, und unsererseits soll und wird nichts geschehen, um die gute demokratische Tradition der vorautoritären Zeit zu stören. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir geben uns in dieser Richtung einem gläubigen Optimismus hin. Dies um so mehr, als die neue Regierung in ihrer Erklärung auch einer wirtschaftlichen Maßnahme Erwähnung tut, die einer langjährigen grundsätzlichen Zielsetzung unserer Partei entspricht, nämlich der Vergesellschaftung einer Reihe von Schlüsselunternehmungen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Kanzler Figl äußert sich zwar diesbezüglich etwas zaghaft und zurückhaltend, aber gerade in dieser Hinsicht wird er auch vom Gewerkschaftsbund tatkräftigste Unterstützung finden. (Erneuter Beifall bei den Parteigenossen.) Die Unternehmungen der Energiewirtschaft, des Bergbaues, der Erdölproduk-

tion, der Eisenhüttenindustrie, des Verkehrs und vieler anderer Zweige sind für die Verstaatlichung reif. Selbstverständlich werden dafür seitens der Republik angemessene Entschädigungen zu leisten sein.

Der privaten Initiative wird beim Wiederaufbau der Wirtschaft reichlicher Spielraum, reichliches Betätigungsfeld gegeben sein. Ein besonderes Kapitel gründlicher Obsorge werden die Kriegsinvaliden, die Kriegerwitwen und -waisen bilden müssen, wie denn überhaupt außer den Opfern des Nazikrieges auch die erbarmungswürdigen Opfer des schandbaren Naziterrors von der Regierung werden betreut werden müssen. (Lebhafter Beifall.) Dieser selbstverständlichen Verpflichtung kann und wird sich keine Regierung entziehen. Die Mittel hierfür wird sie im Wege moralisch und sachlich gerechtfertigter Sonderbesteuerung der ehemaligen Nazifanatiker aufbringen müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich komme auf die außenpolitischen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers zurück. Schon die Provisorische Staatsregierung hat in dieser Hinsicht beachtenswerte Erfolge erzielt. Auch auf handelspolitischem Gebiete sind die Unterhandlungen mit einigen Nachbarstaaten in ein aktives, erfolgsversprechendes Stadium getreten. Hier kann nicht genug geschehen. Der Welthandel, der Weltverkehr werden wieder in Gang kommen, und die geopolitisch günstige und verkehrstechnisch-zentrale Lage Österreichs bedingen eine wohl überlegte und klug dirigierte außenpolitische Orientierung. Diese kann nicht von weltanschaulichen Momenten und Motiven maßgebend gelenkt sein. Wir sollten weder von einer einseitigen West- noch einer einseitigen Ostorientierung reden; sondern wir wollen und müssen mit allen Staaten die denkbar besten und freundschaftlichen Beziehungen pflegen und uns vor jeder betonten Einseitigkeit hüten. (Beifall und Händeklatschen.) Nur so werden wir, wie klein und bescheiden auch unser Österreich geworden sein mag, am besten und sichersten dem Völkerfrieden dienen können. Wenn wir auch machtpolitisch nichts in die Waagschale zu werfen haben: unsere alte Kultur, von der Herr Bundeskanzler Figl sprach, unsere kulturelle Mission im zentraleuropäischen Raum sind Faktoren, die uns einst das Ansehen der gesitteten Welt gewonnen haben und zurückgewinnen werden, wenn wir uns wieder zu ihnen bekennen.

Hohes Haus! In diesem Geiste fassen wir die Konzentration der Kräfte auf. Sie bedeutet den klaren Willen zur Zusammenarbeit, doch nicht den Verzicht auf offene, ehrliche Kritik. Diese ist vielmehr das Lebenselement richtig verstandener Demokra-

tie. Freilich nicht Kritik um ihrer selbst willen, sondern um des Wohles der Gemeinschaft willen. Die Arbeiterschaft Österreichs hat verschiedentlich schon den Beweis erbracht, daß sie die Avantgarde der Demokratie ist. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Wir Sozialisten sind stolz darauf, daß wir sie schon zu einer Zeit zur Demokratie geführt und erzogen haben, da Wort und Wesen von vielen, allzu vielen anderen noch nicht genügend begriffen und gewürdigt wurden. (Neuerlicher Beifall bei den Parteigenossen.) Mit dem Siege des demokratischen Gedankens in der Welt hat sich die Stellung des Arbeiters zum Staate grundlegend gewandelt. Einst, als der vaterlandslose Geselle geschmäht und ausgestoßen, ist nun die Arbeiterbewegung zu einem Grundpfeiler des Staates geworden. (Stürmischer Beifall bei den Parteigenossen.) Die Wahlen vom 25. November haben deutlich bewiesen, daß sich auch die soziologische Struktur der sozialistischen Bewegung gewandelt hat. Wohl ist die Arbeiterschaft ihr Herz und Kernstück. Ihr gilt unsere ganze Kraft, unser ganzes Können, unsere ganze starke Liebe. (Anhaltender Beifall bei den Parteigenossen.) Aber auch breiteste Schichten des Bürgertums und der bäuerlichen Bevölkerung wurden und werden in den Bannkreis der sozialistischen Idee gezogen; in Stadt und Land ist sie im Vormarsch begriffen. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Dem wird die Regierung Figl bei allen ihren Handlungen und Aktionen Rechnung tragen müssen. Das ist der Maßstab, mit dem wir sie — bei allem positiven Willen zu ernster und loyaler Mitarbeit — werden messen müssen. (Erneute Zustimmung bei den Parteigenossen.) Unsere Freunde in dieser Regierung sind der Garant hierfür, daß nichts geschieht, was gegen die wahren Interessen der Arbeiterschaft und unserer Wählerschaft überhaupt verstoßen würde, bis zu dem Zeitpunkt, da sie in Fragen von grundlegender und entscheidender Bedeutung von der führenden Mehrheit überstimmt würden. Doch davon wollen wir nicht viel reden, weil wir von Optimismus und vom Glauben an eine gute Zukunft Österreichs erfüllt sind, trotz allem und alledem!

So darf ich denn namens meines Klubs die Erklärung abgeben, daß wir die neue Regierung mit einem großen Vertrauensvorschuß ausstatten, um ihr in dieser harten Zeit die notwendige Stärke zu verleihen, und daß wir so hinter ihr stehen wollen, wie die Partei des Kanzlers hinter der Provisorischen Regierung Renner stand. Land und Volk brauchen unsere ganze vereinigte Kraft, um schließlich aus Österreich wieder ein geseg-

netes, glückliches Land zu machen, damit wenigstens unsere Kinder dereinst wieder stolz mit dem Dichter werden sagen können:

„Der Österreicher hat ein Vaterland und liebt's und hat auch Ursach', es zu lieben!“ (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Fischer; ich erteile es ihm.

**Abg. Fischer:** Meine Partei hat mich beauftragt, die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Figl im wesentlichen gutzuheißen und unsere Bereitschaft zur Mitarbeit auszusprechen.

Wir sind in diesem Haus eine kleine Minderheit. Aber wir waren auch eine kleine Minderheit, als wir der Okkupation Österreichs, die man damals den „Anschluß“ nannte, unser entschlossenes „Nein“ entgegensetzten. Wir waren eine kleine Minderheit, als wir den unabwendbaren Untergang des großdeutschen Staates und die Wiedergeburt eines unabhängigen Österreichs voraussagten. Wir waren eine kleine Minderheit, als wir im Juli 1938 ein Manifest an das österreichische Volk richteten, in dem wir wörtlich sagten:

„Österreich wird wiedererstehen als ein neugestaltetes demokratisches Österreich, das dem Volk in allen seinen sozialen Schichten politische und soziale Freiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Wohlstand und persönliche Entwicklungsmöglichkeit geben, die Feinde des Volkes aber entschlossen niederhalten wird ... So furchtbar sie uns drückt, ist die Fremdherrschaft dennoch nur eine geschichtliche Episode. Das Volk ist auf die Dauer stärker als die Unterdrücker.“

Das sagten wir vor mehr als sieben Jahren. Die einsame Stimme und der konsequente Kampf einer kleinen Minderheit haben schließlich im Gang der Ereignisse, in der Wiedergeburt Österreichs ihre geschichtliche Würdigung gefunden. Was diese Minderheit anstrebte, ist schließlich zum Willen der überwältigenden Mehrheit geworden.

Unser Bekenntnis zu Österreich und seine demokratische Entwicklung ist unabhängig von der Konjunktur des Tages und dem Wechsel der Begebenheiten. Wir fühlen uns allezeit mitverantwortlich für dieses schwergeprüfte und liebenswerte Land, für dessen Befreiung Tausende unserer besten Parteigenossen heldenhaft in den Tod gegangen sind. Unsere Toten konnten uns nicht mehr ihre Stimme geben, aber sie stehen als stille Kraft hinter uns, sie haben uns das Vermächtnis hinterlassen, mitzuhelfen und mitzuwirken an der Erneuerung und dauernden Sicherung Österreichs. Ohne dem Volke zu

schmeicheln, haben wir stets an unser Volk geglaubt, an seinen demokratischen Wesenskern, an seine schöpferischen Energien, an seine unverwüstliche Lebensfähigkeit. Dieser Glaube an unser Volk, auch wenn es irrging, war und ist durch nichts zu verdunkeln. In diesem Glauben an das Volk, in diesem Bekenntnis zu Österreich haben wir uns in den aufwühlenden Tagen der Befreiung sofort mit unserer ganzen Kraft dem Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Das war für uns eine Selbstverständlichkeit. Und ebenso selbstverständlich war für uns die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften, ungeachtet der Gegensätze der Weltanschauung. Wir haben längst vor den Wahlen erklärt, daß wir uns als eine österreichische Staatspartei betrachten, und wir sind auch nach den Wahlen dieser österreichischen Staatsgesinnung treugeblieben.

Der Bundeskanzler hat den Mitarbeitern der Provisorischen Regierung seinen Dank ausgesprochen: wir meinen, der Dank des Vaterlandes gebührt vor allem jenen tausenden und zehntausenden namenlosen Männern und Frauen, Arbeitern, Angestellten, Bauern und Österreichern aller Berufe, die überall aus eigener Initiative zupackten und Schritt für Schritt die ersten Ansätze einer neuen Ordnung aufrichteten. (Lebhafter Beifall.) Ohne die große Initiative des Volkes kann nichts Entscheidendes gelingen. Mit dem Amtsantritt der neuen Regierung beginnt eine neue Etappe der Entwicklung Österreichs. Es wäre für uns nach dem Ausgang der Wahlen aus rein parteipolitischen Erwägungen vielleicht vorteilhafter gewesen, der neuen Regierung als Opposition entgegenzutreten; wir meinen jedoch, eine solche Haltung würde den Interessen Österreichs widersprechen. Und die Interessen der Gesamtheit müssen höherstehen als rein parteipolitische Erwägungen. (Erneuter Beifall.) Wir haben daher das Angebot des Bundeskanzlers angenommen und sind in seine Regierung eingetreten.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einige grundsätzliche Bemerkungen zur Erneuerung der Demokratie, die siegreich aus der Hölle des Faschismus hervorgeht. Mit aufrichtiger Freude begrüßen wir das überzeugende Bekenntnis des Bundeskanzlers zur Demokratie. Wir denken, daß wir auch mit den Demokraten anderer Parteirichtung übereinstimmen, wenn wir sagen: diese durch so viel Blut und Opfer geheiligte Demokratie soll davor bewahrt werden, in manchen Fehler und Schwächen der Vergangenheit zurückzusinken. (Zustimmung.) Es gab in den Jahren, die dem Faschismus vorangingen, so etwas wie eine Krise der Demokratie. Das Parlament verlor seine Anziehungskraft auf

nicht unbeträchtliche Volksmassen. Die parlamentarische Politik alten Stils geriet in eine Sackgasse. Diese, ich möchte sagen, Erlahmung der Demokratie hat dem Faschismus Vorschub geleistet. Es scheint mir, daß wir alle gemeinsam vor der Aufgabe stehen, der Demokratie neue Kraft und neuen Glanz zu verleihen (allgemeine Zustimmung), ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen, das tägliche und tätige Interesse des Volkes für sie zu gewinnen und wachzuhalten.

Mit Recht hat der Herr Präsident Kunschak in seiner Eröffnungsansprache darauf hingewiesen, daß nur der ein wirklicher Mann ist, der für seine Grundsätze einsteht. Aber der notwendige Widerstreit der Grundsätze darf nicht in jeder Frage eine Versteinerung in starren Parteifronten herbeiführen. Es sollen sachliche Argumente einander gegenüberstehen, aber nicht um jeden Preis Partei gegen Partei. (Zustimmung.) Das Volk soll das Für und Wider in jeder zur Lösung stehenden Frage vernehmen, aber in vielen Fragen muß es gelingen, die Mechanik des Abstimmens durch das gemeinsame Abwägen der Argumente zu ersetzen.

Der Bundeskanzler hat wiederholt von einer Konzentration aller demokratischen Kräfte gesprochen: wir halten dies für einen richtigen Gedanken und haben ihn unterstützt. Eine solche Konzentration der Kräfte muß sich von einer bloßen Koalition alten Stils unterscheiden. Wenn wir den Bundeskanzler richtig verstehen, erfordert eine solche Konzentration die Heranziehung aller Begabungen und Charaktere zur sachlichen Mitarbeit, nicht nur in der Regierung, sondern in sämtlichen Instanzen. Jeder demokratische Österreicher muß ohne Unterschied der Weltanschauung und Parteirichtung die gleiche Möglichkeit haben, an der Verwaltung in all ihren Zweigen teilzunehmen und jede seinen Fähigkeiten entsprechende Funktion auszuüben. Es darf niemand zurückgesetzt oder abgewiesen werden, weil er dieser oder jener Partei angehört (erneute Zustimmung), und jeder auch noch so versteckte Gesinnungsdruck muß unterbleiben. Diese wirkliche Gleichberechtigung aller demokratischen Österreicher ist ohne Zweifel die Voraussetzung jeder Konzentration der Kräfte, jeder ernsten und ehrlichen Zusammenarbeit. Wir glauben den Ausführungen des Bundeskanzlers entnehmen zu dürfen, daß er diesen Standpunkt für richtig hält und ihn zu wahren entschlossen ist. Das Ringen der Parteien um den Weg Österreichs ist nützlich und notwendig, aber das soll nicht zu persönlicher Feindseligkeit, nicht zu irgendwelchen Formen einer Parteiherrschaft entarten. Vergessen wir niemals, daß Österreich wirklich

alle demokratischen Kräfte, Talente und Energien braucht, um in absehbarer Zeit wieder hochzukommen.

Zur Sicherung der Demokratie scheint es uns weiter notwendig, zu einer endgültigen Lösung der Nazifrage zu gelangen. Wir Kommunisten haben schon vor vielen Monaten gefordert, daß zwischen den großen und den kleinen Nazis ein Unterschied gemacht werde, daß man die einen schonungslos bestrafe, den anderen aber den Weg zur Eingliederung in das neue Österreich eröffne. Leider ist es heute so, daß zum überwiegenden Teil die Kleinen die Zeche bezahlen, während die Großen es sich zu richten verstehen. In der Tat sind alle demokratischen Länder von Frankreich bis zu Norwegen viel entschiedener gegen die faschistischen Volksfeinde und Volksverräter vorgegangen als Österreich. Und in dieser, wie soll man sagen, allzu großen Behutsamkeit den Großen gegenüber erblicken wir auch die Hauptursache dafür, daß die Kleinen dem Zorn des Volkes ausgesetzt sind. Es widerspricht dem Interesse der kleinen Nazis, der Mitläufer, der Charakter schwachen und Irreführten, daß die Großen geschont werden; man fasse und strafe die Großen schonungslos, dann wird sich un schwer die Möglichkeit ergeben, das Damoklesschwert der Ungewißheit, das über den Häuptern der Kleinen schwebt, zu beseitigen. Die Regierung muß dieses Problem im Geiste geschichtlicher Gerechtigkeit und im Sinne der vollkommenen Überwindung des Nazi geistes in Österreich lösen.

Die unmittelbarsten und schwierigsten Aufgaben erwachsen der neuen Regierung aus den wirtschaftlichen Sorgen und Nöten des Volkes. Im Kampfe gegen Hunger, Kälte, Krankheit und Elend aller Art brauchen wir am meisten die Konzentration aller Energien. Gewiß: wir werden ohne Hilfe von außen kaum imstande sein, über das nächste halbe Jahr hinwegzukommen, aber wir würden es für grundfalsch halten, alles von der Hilfe des Auslandes zu erwarten. Die Völker, die schwerste Opfer im Freiheitskrieg gegen die Hitlerarmee gebracht haben, stehen selber vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten: wir würden nur törichte Illusionen wecken, wenn wir von ihnen all das, was uns nützt, erwarten oder verlangen. Wir müssen alles daransetzen, die eigenen Möglichkeiten restlos auszuschöpfen, durch demokratische Initiative und Kontrolle einerseits, durch gemeinsames und eisernes Einschreiten gegen egoistische Sonderinteressen andererseits. Auf diesem Gebiete muß nach unserer Meinung mehr geschehen als in der Vergangenheit. Man darf hier keine Angst vor neuen Methoden, vor ungewohnten Versuchen haben, man

muß alle Anregungen aus den Kreisen der Arbeiter, der Techniker, der Landwirte, der einfachen Menschen aus dem Volke aufmerksam entgegennehmen und die Trägheit des Hergebrachten, des Bürokratismus überwinden.

Aus der Not des Volkes steigt immer deutlicher die Frage empor: Wer wird den verlorenen Krieg bezahlen? Alle Schichten des Volkes werden Opfer bringen, das ist unvermeidlich, aber die Pflicht der Regierung wird es sein, die Lasten gerecht und sozial zu verteilen und keinerlei Bereicherung auf Kosten der Notleidenden, keinerlei Schmarotzertum zuzulassen. Den ersten Weltkrieg hat nur das Volk bezahlt, während die Rothschild und Sieghart, die Bosel und Castiglioni üppig emporstiegen. Den zweiten Weltkrieg, der unserem Land zehnmal teurer zu stehen kommt, soll nicht wieder ausschließlich das erschöpfte und ausgeblutete Volk bezahlen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Unerträglichkeit des von den Naziräubern eingeschleppten Steuersystems, auf die Notwendigkeit, die zerstörte Sozialversicherung wenigstens im Rohbau wiederherzustellen, auf unsere Verpflichtung gegenüber den Opfern des Faschismus und des Krieges und gegenüber den Heimkehrern, die häufig ratlos und verzweifelt den Schwierigkeiten gegenüberstehen.

Über den Bemühungen, die unmittelbarsten Nöte des Volkes zu lindern, dürfen wir die Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft nicht vergessen. Wir begrüßen daher ganz besonders die wenn auch vorsichtige Ankündigung des Bundeskanzlers, daß eine Verstaatlichung wichtigster Industrien zum Programm der Regierung gehört. Die Forderung nach Verstaatlichung ist mit elementarem Ungestüm aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten hervorgegangen. Aber es handelt sich hier um weit mehr als nur um eine Forderung der Arbeiterschaft. Die Verstaatlichung ist ein allgemeines nationales Interesse, zum Schutze unseres nationalen Eigentums und zur Sicherung unserer staatlichen Unabhängigkeit. Österreich ist in höchstem Ausmaß lebensfähig, aber wir müssen alle Kräfte vereinigen, um unsere Bodenschätze, Wasserkräfte und Industrien für alle Zukunft zu österreichischem Eigentum zu machen und ihre planmäßige und großzügige Verwertung im Dienste der Nation zu sichern. Wir werden nur dann alle Kräfte zur Überwindung der tagtäglichen Schwierigkeiten aufrütteln und vereinigen, wenn wir den realen Ausblick in eine blühende wirtschaftliche Zukunft unseres Landes eröffnen, wenn wir dafür sorgen, daß Österreich den Österreichern gehören wird.

Um unser Ziel zu erreichen, müssen wir das volle Vertrauen aller freiheitsliebenden Völker gewinnen. Die Nationen, die unter unermesslichen Opfern Hitlerdeutschland niedergewungen und uns befreit haben, erwarten von uns offenkundig nicht wiederholte formelle Danksagungen, sondern wirkliche Überwindung aller außenpolitischen Irrwege der Vergangenheit, aller großdeutschen und antislawischen Tendenzen, aller Überbleibsel faschistischer Ideologie. Wir sollen verstehen, wie die Lage wirklich ist: Die Nationen, die die Freiheit der Welt gerettet haben, bedürfen viel weniger unserer Gunst als wir ihrer Freundschaft und ihres dauernden Vertrauens. Ich war zeitlebens ein geradezu leidenschaftlicher Österreicher, und ich bin fest überzeugt, daß unser Volk auch in Zukunft einen wertvollen Beitrag zur allgemeinen Kultur zu leisten hat; dennoch meine ich, daß wir augenblicklich nicht zuviel von einer besonderen Mission Österreichs sprechen sollten. Wir sollen uns nicht einreden, daß gerade wir dazu berufen sind, die Brücke zwischen den großen Völkern des Westens und des Ostens zu sein. Bisher waren wir leider nur allzuoft die Brücke, über die der deutsche Imperialismus gegen die Völker des Balkans und Osteuropas marschierte.

Was wir also anstreben sollten, ist wirkliche Unabhängigkeit, gesichert durch freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen zu allen demokratischen Nationen. Bei der Verständigung zwischen Washington, London und Moskau führt der Weg nicht unbedingt über Wien, und je weniger wir uns in irgendwelche Kombinationen einlassen oder gar versuchen, zwischen den Mächten zu manövrieren, desto besser wird es für Österreich sein. Wir brauchen nationale Selbstachtung, mehr als in der Vergangenheit, aber wir sollen uns außenpolitisch nicht zuviel zumuten und uns damit begnügen, in einem System der Freundschaft mit allen unabhängig zu sein. Ich glaube den Bundeskanzler richtig verstanden zu haben, wenn ich sage: keine Westorientierung und keine Ostorientierung, sondern Orientierung nur auf ein freies, unabhängiges Österreich! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir Kommunisten werden jeden Schritt unterstützen, der einer ehrlichen demokratischen Zusammenarbeit im Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes dient. Für uns ist der Gedanke der demokratischen Einigung keine Redensart. Wir werden niemals unsere Weltanschauung, unser sozialistisches Ziel verheimlichen, aber wir halten es für das gemeinsame Interesse der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes, den demokratischen

Weg der Entwicklung auf jede Weise zu sichern. In der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller wahrhaft demokratischen und fortschrittlichen Kräfte, in einer neuen Einheit des Volkes würden wir die beste Bürgerschaft der Demokratie und unabhängigen Entwicklung erblicken.

Wir sind noch nicht soweit, aber wir sehen in der vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Konzentration der Kräfte einen Schritt vorwärts, eine ernste Möglichkeit, die zurückzuweisen weder demokratisch noch österreichisch wäre.

Wir haben uns daher entschlossen, in die Regierung einzutreten, und werden für sie stimmen. Wir hoffen, im Kampfe gegen die tausendfältigen Schwierigkeiten, der uns allen bevorsteht, werden wir gemeinsam niemals die große Aufgabe aus dem Auge verlieren: der kommenden Generation ein Österreich zu übergeben, das eine Festung der Freiheit, eine Stätte des Friedens und eine Heimat glücklicher Menschen sein wird! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident **Böhm** (der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete **R a a b**; ich erteile es ihm.

Abg. Ing. **Raab**: Hohes Haus! Wenn ich heute namens der Abgeordneten zum Nationalrat der Österreichischen Volkspartei, der größten der drei politischen Parteien, zur Regierungserklärung das Wort ergreifen darf, so bedeutet dies für mich persönlich besondere Genugtuung und große Freude. Mit dem Chef der neuen Regierung verbindet mich seit langen Jahren immer ein klares Verhältnis der Treue und die gemeinsame Auffassung, daß im öffentlichen Leben die gute Sache des Volkes stets vorangestellt werden muß.

Die Österreichische Volkspartei ist sich der großen und schier titanenhaften Arbeit, welche die neue Regierung übernehmen muß, voll und ganz bewußt und sie weiß als Partei der Verantwortung, daß es ihre Aufgabe sein wird, in diesem Hohen Hause die Bestrebungen unserer neuen österreichischen Regierung jederzeit sachlich zu unterstützen. Die Schichten der Bevölkerung, die wir in dieser politischen Partei zu vertreten haben — waren sie auch früher in anders benannten politischen Parteien zusammengeschlossen — haben niemals die Auffassung gehabt, sich der Verantwortung für diesen Staat zu entziehen. Immer aber war maßgebend für uns der eine Begriff: Österreich. Immer wieder galt unser Arbeitsziel diesem Österreich. In all den vergangenen Jahren galt unsere Pflicht unserem Österreich. Und wenn wir

zurückschauen auf das Schicksal unseres braven österreichischen Volkes, das seit den Schüssen von Sarajevo einen Leidensweg der Mühe, der Plage und des Elends gehen mußte, niemals haben wir das Ziel verloren in unserem Denken und Schaffen: es hieß Österreich. (Lebhafter Beifall.) Als damals am 13. März des Jahres 1938 viele Verblendete auf der Ringstraße standen und sich die Kehle heiser schrieen, da hat es in unserem Volke viele, ja viele Tausende gegeben, die in den schweren Tagen des März zuhause waren und bittere Tränen weinten, weil Österreich nicht mehr war.

Keiner von uns, die wir hier in diesem Saale sitzen, und all die Menschen da draußen, die wir vertreten, haben nur die geringste Ahnung gehabt, welch furchtbares Ende da kommen wird, welche Verwüstung und Vernichtung unser geliebtes Heimatland heimsuchen werden und welchen dornenvollen Leidensweg das österreichische Volk beschreiten muß, um wieder aufwärts zu kommen.

Die Aufgabe, nunmehr aus diesem Trümmerfelde ein neues, friedliches, gesundes, frohes und arbeitsreiches österreichisches Vaterland zu machen, ist ungeheuer groß. Der Volksentscheid des 25. November 1945 hat uns zur größten Partei dieses Landes gemacht. Wir tragen daher die Hauptverantwortung für die Zukunft und bekennen uns im vollen Bewußtsein der Größe dieser Aufgabe zu dieser Verantwortung.

Die Regierungsbildung und Regierungszusammensetzung zeigen aber auch dem gesamten In- und Auslande mit aller Deutlichkeit, daß wir überdies den ehrlichen und aufrichtigen Willen haben, auch mit allen anderen politischen Kräften Österreichs, die unser Vaterland bejahen, zusammenzuarbeiten und gemeinsam an den Wiederaufbau der Heimat zu gehen. Wir wollen die politische Gesinnung und die wirtschaftliche Auffassung der anderen achten und werten. Wir wollen aber auch, daß unsere politischen und wirtschaftlichen Auffassungen in gleicher Weise gewertet werden. (Zustimmung bei den Parteigenossen.) Sie sind getragen von lauterem Beweggründen und verfolgen nur den einen Zweck, die Zukunft unseres Volkes sicherzustellen. Wenn daher Regierung und Parlament nunmehr zusammen an die schwierige Aufgabe des Aufbaues unseres Vaterlandes schreiten, so soll diese schwere Arbeit getragen sein von dem ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit. Bei allen gegensätzlichen Auffassungen wird und muß eine gemeinsame Linie gefunden werden, um unserem Volke zu nützen.

Die neue Demokratie unseres heutigen Österreichs soll aufgebaut sein auf Recht und Gesetz. Die Gesetze, die gemeinsam beschlossen werden, müssen im gleichen Maße auf alle, ohne Unterschied des Berufes, des Standes und der politischen Parteizugehörigkeit Anwendung finden. Die Immunität des freigewählten Abgeordneten gibt ihm die Möglichkeit, überall seine warnende Stimme zu erheben, wo Unrecht geschieht und das Gesetz mißbraucht wird. Der immune Abgeordnete muß Schützer des Rechtes sein und es auch jederzeit sein können, denn dann erst erfüllt er seine schwerste Pflicht gegenüber dem Volke. Unrecht geschieht viel in dieser Welt. Wir aber wollen, daß das Gute und Edle wieder zum Durchbruche kommt und daß damit auch der Haß ein Ende hat. Wer sich an diesem Vaterlande vergangen hat, wer andere ins Unglück gebracht hat, wer schuldig ist an dieser Riesenkatastrophe, an dem soll das Gesetz in ordnungsgemäßem Verfahren mit all seiner Schärfe in Anwendung gebracht werden. Wir verlangen aber auch, daß möglichst bald zwischen schuldig, mitschuldig und unschuldig klar entschieden wird, damit die innere Befriedung unseres Volkes erreicht wird. Denn dann erst werden dessen Kräfte frei für die neuen Aufgaben und bilden so das beste und sicherste Fundament für die kommende demokratische Entwicklung in Österreich. (Beifall.)

Was das wirtschaftliche Programm der Regierung anbelangt, so zeigt die Fülle und Größe desselben, daß es der Mitarbeit aller Volkskreise bedarf, um es verwirklichen zu können. In unseren Reihen steht die weitaus überwiegende Mehrheit der Landwirtschaft, wir vertreten ferner die weiten wirtschaftlichen Mittelschichten der Städte und Märkte und viele Arbeiter und Angestellte, die sich zu unserem kulturellen aber auch zu unserem wirtschaftlichen Programm bekennen. Alle diese sind aus dem wirtschaftlichen Erneuerungsprozeß der heutigen Zeit nicht wegzudenken. Sie warten darauf, ihre ganzen Kräfte beim Neuaufbau unserer Heimat einzusetzen zu können; man möge sie arbeiten lassen. Wir wollen uns aber auch nicht den von anderer Seite vertretenen wirtschaftspolitischen Auffassungen absolut verschließen. Ungesundes in der Wirtschaft muß verbessert werden. Die schwere Not des Landes verpflichtet uns, alles zu erwägen, was notwendig ist, um die Wirtschaft neu zu bauen. Die Österreichische Volkspartei hat diesbezüglich ihre Bereitschaft mehrmals erklärt. Nur auf einer gesunden Basis kann die Wirtschaft gedeihen. Die Erörterung dieser Fragen muß deshalb rasch vorgenommen werden. Je sachlicher und gründlicher diese Erörterungen vor sich gehen, desto eher wird ein gesunder Erfolg erzielt werden.

Was die soziale Gesetzgebung betrifft, so war Österreich unter den Kulturstaaten wahrlich nicht an der letzten Stelle. Die Beschlüsse des Internationalen Arbeitsamtes beim Völkerbund in Genf hat Österreich in den meisten Fällen mehr als mancher andere wirtschaftlich tragfähigere Staat übernommen und zum Gesetz erhoben. Diese soziale Gesetzgebung soll wieder Fleisch und Blut bekommen, ja sie soll nach dem Willen unserer Partei verbessert werden, um den sozialen Aufstieg unseres Volkes fortzusetzen. Auch hier gibt es natürlich Meinungsverschiedenheiten, vor allem zwischen dem Möglichen und Unmöglichen. Gewaltige Aufgaben liegen da vor uns: die Umschichtung weiter Volkskreise in neue Berufe, das Wohnungsproblem und das große Problem des Rechtes auf Arbeit für jeden einzelnen. Die Lösung all dieser Probleme erfordert die Zusammenarbeit des Arbeitgebers und Arbeitnehmers. Die Beurteilung des wahrhaft sozial eingestellten Unternehmers soll aber in erster Linie seinen langjährigen Mitarbeitern vorbehalten sein. Die Österreichische Volkspartei wird gerade in dieser Frage die neue Bundesregierung besonders unterstützen, Österreich soll ein wirklich gesunder Sozialstaat werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

In kultureller Beziehung bekennen wir uns zur traditionsmäßigen Einstellung der Mehrheit unseres Volkes. Gerade die Verwahrlosung der heutigen Jugend, der moralische Niederbruch breitester Kreise unserer Bevölkerung, die schwere Zeit im Bombenhagel des vergangenen Jahres hat so manchen erkennen lassen, daß Lebensinhalt und Lebenszweck erst dann voll erreicht werden, wenn sich der Mensch in seiner Armseligkeit beugt vor seinem Schöpfer. (Beifall und Händeklatschen.) Diese unvergänglichen Werte, die schon seit fast zweitausend Jahren der Menschheit Entwicklung, Gepräge und Richtung gaben, sind für uns heiliges Gut. Auch das wollen wir schützen in Österreich. (Erneuter Beifall.)

Die Österreichische Volkspartei wird unsere neue Regierung bei allen schwierigen Fragen der kommenden Tage getreu unterstützen. Vor allem aber will sie dem Kanzler, den die Feinde Österreichs nicht beugen noch brechen konnten, der 68 Monate in den Straflagern dieses Untermenschentums verbringen mußte, treue Gefolgschaft halten. (Stürmischer Beifall, Händeklatschen und Bravorufe.) Wir kennen in ihrer ganzen Größe die Verantwortung, die der Kanzler und seine

www.parlament.gv.at

Mitarbeiter auf sich genommen haben. Das österreichische Volk will ein getreuer Mitarbeiter sein, es will wieder im Rahmen der Völkerfamilie als freies Mitglied der Nationen die Geschicke seines eigenen Landes selbst in die Hand nehmen. (Beifall.)

Österreich hat in seiner Vergangenheit unendlich viel allen Bewohnern dieser Erde gegeben. Es wird auch das Versprechen, den großen Mächten, die uns befreit haben, seinen Dank zu zeigen, jederzeit einhalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir wollen kulturverbindend sein nach allen Richtungen der Erde. Unser Land ist klein, aber sein Geist strebt von der Enge in die Weite. Möge es dem Kanzler und seinen Mitarbeitern gelingen, den Leidensweg Österreichs zu beenden. In der sicheren Zukunft eines dauernden Friedens sollen österreichische Leistung, österreichisches Können und österreichische Kultur wieder in friedvoller Zusammenarbeit den Namen Österreichs ehrenvoll hinaustragen in alle Welt! (Anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Präsident **Böhm**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Gegenstand ist somit erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Verhandlung und Beschlußfassung über die Regierungsvorlage, betreffend die Führung des Bundeshaushaltes bis 31. März 1946 (2 d. B.).

Im Einvernehmen mit den Parteien schlage ich vor, die Vorlage mit Umgehung der ersten Lesung sowie der Zuweisung an den Ausschuß, der schriftlichen Berichterstattung und der 24stündigen Frist sofort in Verhandlung zu nehmen.

Ich ersuche jene Frauen und Herren, die meinem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ich erteile dem Berichtersteller **Speiser** das Wort.

Berichtersteller **Speiser**: Hohes Haus! Die Regierung hat eine Vorlage eingebracht, nach der ein Gesetz über die Führung des Bundeshaushaltes in der Zeit bis 31. März 1946 beschlossen werden soll. Die Vorlage befindet sich in den Händen der Mitglieder des Hohen Hauses.

Mit diesem Gesetz soll laut § 1 die Bundesregierung ermächtigt werden: 1. den Bundeshaushalt in der Zeit bis 31. März 1946 auf Rechnung des gesetzlich festzustellenden Bundesvoranschlags für das Jahr 1946 auf

Grund der vom Bundesminister für Finanzen zu erstellenden und von der Bundesregierung zu genehmigenden Monatsvoranschläge weiterzuführen; 2. die öffentlichen Abgaben und sonstigen staatlichen Einnahmen nach den bestehenden Vorschriften einzuheben. Für die Gebarung und Verrechnung sollen die Bestimmungen des Verwaltungsentlastungsgesetzes, B. G. Bl. Nr. 277 aus 1925, Art. 6, Abschnitt B, gelten. Ausgaben sollen nur dann genehmigt werden, wenn sie zur Erfüllung rechtlicher oder gesetzlicher Verpflichtungen oder zu produktiven Zwecken sowie zum Wiederaufbau oder zur Fortführung der Verwaltung im sparsamsten Ausmaße zwingend notwendig sind.

Nach § 2 ist mit dem Vollzug dieses Gesetzes die Bundesregierung betraut.

Die bekannten Schwierigkeiten, von Wien aus mit den Ländern in Verbindung zu treten, haben es mit sich gebracht, daß die Aufstellung eines Bundesvoranschlags für das Rechnungsjahr 1946 bisher nicht möglich war. Die Arbeiten zur Aufstellung des Voranschlags werden eifrig betrieben. Bis zur Fertigstellung des Voranschlags ist zur gesetzlichen Weiterführung des Bundeshaushaltes eine entsprechende gesetzliche Ermächtigung erforderlich. Es besteht sowohl die politische als auch sachliche Notwendigkeit, der Bundesregierung die nachgesuchte Ermächtigung zu erteilen.

Ich beantrage daher, dem vorliegenden Gesetzentwurf die Zustimmung zu erteilen.

Präsident **Böhm**: Wünscht jemand dazu das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Wir gelangen zur Abstimmung. Die Beschlußfähigkeit des Hauses ist vorhanden. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich die Vorlage unter einem zur Abstimmung bringen. (Nach einer Pause:)

Ich bitte die Frauen und Herren, die für die Vorlage sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Die Vorlage ist einstimmig angenommen.

Ich bringe nun Titel und Eingang des Gesetzes zur Abstimmung und bitte jene Frauen und Herren, die auch für Titel und Eingang stimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Auch Titel und Eingang sind genehmigt, somit das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichtersteller **Speiser**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident **Böhm**: Der Herr Berichtersteller beantragt die sofortige Vornahme der dritten

Lesung. Wird dagegen ein Einwand erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Ich ersuche die Frauen und Herren, die dem Gesetz auch in dritter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Das Hohe Haus hat die Regierungsvorlage auch in dritter Lesung angenommen. Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir gelangen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Verhandlung und Beschlußfassung über die Regierungsvorlage, betreffend die Auszahlung von Dividenden für das Geschäftsjahr 1944 und die Vergütung von Einlagezinsen für das Kalenderjahr 1945 (Zinshemmungsgesetz) (3 d. B.).

Im Einvernehmen mit den Parteien schlage ich vor, die Vorlage mit Umgehung der ersten Lesung sowie der Zuweisung an den Ausschuß, der schriftlichen Berichterstattung und der 24stündigen Frist sofort in Verhandlung zu nehmen.

Ich ersuche jene Frauen und Herren, die meinem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ich erteile dem Berichterstatter Dr. Kolb das Wort.

Berichterstatter Dr. Kolb: Hohes Haus! Die Regierung hat eine Vorlage eingebracht, die zwei Paragrafen enthält, deren Inhalt ich in zwei Stichworten wiedergebe: für das Geschäftsjahr 1944 keine Dividenden an die Aktionäre und für das Kalenderjahr 1945 keine Zinsen an die Geldeinleger.

Wohl hatten im Wirtschaftsjahr 1944 die meisten Aktiengesellschaften hohe Umsätze, aber infolge des Personalmangels und der Überlastung der Buchsachverständigen und Wirtschaftsprüfer steht vielfach noch nicht fest, ob sie dabei auch Gewinne erzielt haben.

Wenn in dem einen oder anderen Betriebe der Vergleich der Bilanz des Wirtschaftsjahres 1944 mit der des Vorjahres bereits einen Gewinn ausweist, so ist er doch nur buchmäßig vorhanden, denn auf der linken Seite der Bilanz stehen wohl hohe Forderungen, aber die Schuldner sind mehr als zweifelhaft. Es sind dies das zusammengebrochene Deutsche Reich, die zerschlagene deutsche Wehrmacht und die ausgebombten und beschlagnahmten Rüstungsbetriebe. Auch wo das nicht zutrifft, mahnen die Zerstörungen des Kriegsendes und der monatelange Stillstand zu äußerster Sparsamkeit. Deshalb sollen bis zu einer weiteren gesetzlichen Regelung, die längstens Ende Fe-

bruar 1946 zu erfolgen hat, keine Dividenden ausgeschüttet werden, vielmehr soll jeglicher Reingewinn den Rücklagen zugewiesen werden. Wo Dividenden bereits ausgeschüttet sind, müssen sie nicht zurückgezahlt werden, denn in Österreich soll wieder der Rechtsgrundsatz gelten, daß den Gesetzen keine rückwirkende Kraft zukommt.

Noch weniger als die Ausschüttung von Dividenden kann die Wirtschaft die Verzinsung der Geldeinlagen auf sich nehmen, die namentlich in den letzten Monaten in einem solchen Ausmaße gemacht wurden, daß oft bereits nach wenigen Schalterstunden Körbe notwendig waren, um das eingezahlte Geld wegzuschaffen. Sollen nun alle diese schlechten Mark mit Schilling verzinst werden? Nein! Es dürfen bis zu einer weiteren gesetzlichen Regelung überhaupt keine Zinsen gezahlt oder gutgeschrieben werden. Auch die Zinshemmung wirkt nicht in die Vergangenheit zurück und für die Zukunft ist sie ebenso wie das Dividendenverbot befristet. Spätestens am 28. Februar 1946 muß sie durch eine neue Regelung ersetzt sein, in der dann dem Schutz der ehrlich erworbenen bescheidenen Guthaben gebührende Beachtung geschenkt wird.

Ich bitte deshalb, die Vorlage der Bundesregierung zum Beschluß zu erheben.

Präsident Böhm: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Wir gelangen zur Abstimmung. Ich stelle die Beschlußfähigkeit fest. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich über die Vorlage in einem abstimmen. (Nach einer Pause:) Eine Einwendung wird nicht erhoben.

Ich ersuche jene Frauen und Herren, die der Gesetzesvorlage samt Titel und Eingang zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Das Hohe Haus hat die Vorlage in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Berichterstatter Dr. Kolb: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident Böhm: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall.

Ich ersuche diejenigen Frauen und Herren, welche die Vorlage auch in dritter Lesung annehmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Das Hohe Haus hat die Vorlage auch in dritter Lesung angenommen.

Wir gelangen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Verhandlung

und Beschlußfassung über die Regierungsvorlage, womit das Verbot des Tragens von Uniformen der deutschen Wehrmacht erlassen wird (Uniformverbots-gesetz) (4 d. B.).

Im Einvernehmen mit den Parteien schlage ich vor, diese Vorlage mit Umgehung der ersten Lesung sowie der Zuweisung an den Ausschuß, der schriftlichen Berichterstattung und der 24stündigen Frist sofort in Verhandlung zu nehmen.

Ich ersuche jene Mitglieder des Nationalrates, die mit diesem Vorschlage einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatte Abgeordneten Dengler das Wort zu ergreifen.

Berichterstatte **Dengler**: Hohes Haus! Die Vorlage, die die Regierung eingebracht hat, hat folgenden Wortlaut (liest):

„Bundesgesetz vom 00. Dezember 1945, womit ein Verbot des Tragens von Uniformen der deutschen Wehrmacht erlassen wird (Uniformverbotsgesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Das Tragen von Uniformen der deutschen Wehrmacht ist verboten.

§ 2. Zuwiderhandeln gegen das Verbot des § 1 wird als Übertretung vom Gericht mit Geld bis zu 2000 Schilling oder mit Arrest bis zu zwei Monaten bestraft.

§ 3. (1) Dieses Gesetz tritt am 15. Jänner 1946 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist das Bundesministerium für Justiz beauftragt.“

Ich beantrage die Annahme des Gesetzes.

Präsident **Böhm**: Zum Worte meldet sich Abgeordneter **Wedenig**.

Abg. **Wedenig**: Hohes Haus! Zu dem von der Regierung vorgeschlagenen Gesetzentwurf über das Uniformverbot möchte ich bemerken, daß wir es begrüßen, wenn ein solches Gesetz erlassen wird, weil wir alles tun müssen, um die Zeichen, die uns noch immer an die traurige, schreckliche Zeit der letzten sieben Jahre erinnern, endlich aus dem Gesellschaftsbild verschwinden zu lassen. Die Durchführung dieses Gesetzes wird jedoch, meine ich, einige Schwierigkeiten bereiten, denn es müßte wohl Vorsorge getroffen werden, diesen Leuten, denen man keine Zivilkleider geben kann, zu ermöglichen, daß sie für die erste Zeit die aus dem

Militärdienst stammenden Kleidungsstücke noch verwenden dürfen; nur müßten sie irgendwie einer Abänderung zugeführt werden. Vor allem wäre es notwendig, daß die Distinktionen, die heute noch bei uns in Kärnten vielfach sichtbar getragen werden — ja teilweise sogar Orden — zum Verschwinden gebracht werden. Wir würden daher hinsichtlich der Durchführung dieses Gesetzes beantragen, daß auf den Mangel an Zivilkleidern Rücksicht genommen wird: vorerst Kleider für die Soldaten, die keine Zivilkleider haben, dann erst Durchführung dieses Gesetzes.

Weiters möchte ich sagen, daß es sehr zweckmäßig wäre, in der Durchführungsverordnung darauf Rücksicht zu nehmen, daß der preußische Drill, der in den Lagern, wo sich die Leute aufhalten, zum Teil heute noch Anwendung findet und von Nazioffizieren ausgeübt wird, endlich einmal ausgeschaltet wird.

Im übrigen werden wir dieser Gesetzesvorlage unsere Zustimmung nicht versagen. (Beifall.)

Präsident **Böhm**: Wird noch das Wort gewünscht? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Dann hat das Schlußwort der Herr Berichterstatte.

Berichterstatte **Dengler**: Die Regierung wird sich bemühen, den vorgebrachten Wünschen Rechnung zu tragen.

Präsident **Böhm**: Ich stelle die Beschlußfähigkeit fest. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich über die Vorlage samt Titel und Eingang unter einem abstimmen lassen. (Nach einer Pause:) Es wird keine Einwendung erhoben; es bleibt daher bei meinem Vorschlag.

Ich ersuche jene Frauen und Herren, die der Regierungsvorlage samt Titel und Eingang in zweiter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Das Hohe Haus hat einstimmig die Vorlage in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatte **Dengler**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident **Böhm**: Der Herr Berichterstatte beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall.

Ich ersuche daher jene Frauen und Herren, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Gesetzentwurf ist auch in dritter Lesung angenommen.

## 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 21. Dez. 1945. 39

Wir gelangen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Verhandlung und Beschlußfassung über die Regierungsvorlage, betreffend die Einstellung von Strafverfahren und die Nachsicht von Strafen für Kämpfer gegen Nationalsozialismus und Faschismus (5 d. B.).

Im Einvernehmen mit den Parteien schlage ich vor, diese Vorlage mit Umgehung der ersten Lesung sowie der Zuweisung an den Ausschuß, der schriftlichen Berichterstattung und der 24stündigen Frist sofort in Verhandlung zu nehmen.

Ich ersuche jene Mitglieder des Nationalrates, die mit diesem Vorschlage einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ich erteile dem Herrn Berichtersteller Ing. Babitsch das Wort.

Berichtersteller Ing. Babitsch: Hohes Haus! Ich habe eine Vorlage zu vertreten, die dem Hause noch nicht zugemittelt ist. Ich werde mir daher erlauben, den Text des Gesetzentwurfes zu verlesen. (Liest:)

„Bundesgesetz vom 00. Dezember 1945, betreffend die Einstellung von Strafverfahren und die Nachsicht von Strafen für Kämpfer gegen Nationalsozialismus und Faschismus.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Gegen Personen, die

- a) im Kampfe gegen den Nationalsozialismus oder Faschismus,
- b) oder zur Unterstützung des österreichischen Freiheitskampfes oder in der Absicht, ein selbständiges, unabhängiges und demokratisches Österreich wiederherzustellen,

strafbare Handlungen begangen haben, ist kein Strafverfahren einzuleiten; ein etwa eingeleitetes Strafverfahren ist einzustellen.

§ 2. Allen Personen, die wegen einer oder mehrerer der in § 1 bezeichneten Handlungen rechtskräftig verurteilt worden sind, ist die Strafe nachgesehen, wenn sie noch nicht vollstreckt ist.

§ 3. Ergibt sich nicht bereits aus dem Strafverfahren, daß die Bestimmungen des § 1 auf die begangene strafbare Handlung anzuwenden sind, so kann derjenige, für den die Begünstigungen dieses Gesetzes in Anspruch genommen werden, den Beweis dafür, daß es sich um Straftaten der in § 1 angegebenen Art handelt, auch noch anläßlich dieser Inanspruchnahme durch Urkunden oder andere in der Strafprozeßordnung vorgesehene Beweismittel erbringen.

§ 4. Die Amnestie ist auf alle Personen anzuwenden, welche strafbare Handlungen des in § 1 bezeichneten Charakters in der Zeit vom 5. März 1933 bis zum Tage des Wirksamkeitsbeginnes dieses Bundesgesetzes begangen haben.

§ 5. Es ist dafür Vorsorge zu treffen, daß diese Amnestie im ganzen Gebiete der Republik Österreich innerhalb eines Monats von dem Tage des Wirksamkeitsbeginnes dieses Bundesgesetzes durchgeführt ist.

§ 6. Verurteilungen wegen strafbarer Handlungen, auf welche dieses Bundesgesetz Anwendung findet, gelten als getilgt.

§ 7. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Justiz betraut.“

Ich bitte um Annahme dieses Gesetzentwurfes.

Präsident Böhm: Ich unterbreche die Sitzung auf 10 Minuten. (Die Sitzung wird um 13 Uhr 15 Minuten unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 13. Uhr 30 Minuten.)

Präsident (den Vorsitz wieder übernehmend): Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Migsch.

Abg. Dr. Migsch: Hohes Haus! Die Regierungsvorlage, betreffend die Amnestie, ist, soweit wir überhaupt in der Lage waren, dem Bericht zu entnehmen, viel enger als der Beschluß der Provisorischen Staatsregierung, der allerdings nicht kundgemacht ist. Sie entspricht durchaus nicht dem Tatbestande, der hier zu regeln ist.

Im Namen der Sozialistischen Partei gebe ich folgende Erklärung ab:

Wir werden für diese Regierungsvorlage stimmen, erklären aber ausdrücklich, daß wir den Vorgang, daß man eine Vorlage in das Haus bringt, ohne den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, sie genau zu studieren, in Zukunft entschieden ablehnen. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Es muß unser Bestreben sein, klare und einfache Gesetze zu erlassen und zu beschließen, und wir hoffen, daß es möglich sein wird, diese Vorlage schon in der nächsten Zeit einer entsprechenden Reform zu unterziehen. (Erneute Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Wir gelangen zur Abstimmung. Ich stelle die Beschlußfähigkeit fest.

Ich ersuche jene Frauen und Herren, die der Gesetzesvorlage samt Titel und Eingang in zweiter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Das Hohe

Haus hat die Vorlage in z w e i t e r L e s u n g  
a n g e n o m m e n .

Berichterstatter Ing. **Babitsch**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Berichtstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche die Frauen und Herren, die dem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Hohe Haus hat den Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Zum Worte hat sich noch gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. **Gsch n i t z e r**; ich erteile es ihm.

Abg. Dr. **Gsch n i t z e r**: Hohes Haus! Nach § 64 der Geschäftsordnung kann der Nationalrat seinen Wünschen über die Ausübung der Vollziehung in Entschließungen Ausdruck geben. Auf Grund dieser Bestimmung beantrage ich die Annahme folgender EntschlieÙung (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Der erste freigewählte Nationalrat des neuerstandenen Österreichs richtet an die Bundesregierung die dringende Bitte, alles zu unternehmen, um Südtirol in unsere österreichische Gemeinschaft und unsere Verwaltung zurückzuführen.

Von Südtirol ist vor fast einem Jahrtausend die Einigung Tirols ausgegangen; es hängt in unverbrüchlicher, auch durch die schmerzlichen Ereignisse der letzten Jahrzehnte nie erschütterter Treue an Österreich und ersehnt heute inniger denn je die Rückkehr.

Wir bitten, unser heißgeliebtes Südtirol wieder Österreich anzugliedern. Österreich wird erst dadurch seine kulturelle, wirtschaftliche und verkehrspolitische Einheit wiedergewinnen.“

Erlassen Sie mir die Anführung aller Gründe des Verstandes und Herzens. Wollte ich nur einzelne anführen, würde es abschwächend wirken. Darf ich die Empfindungen, die uns bewegen, zusammenfassen in den geballten Worten des Gedichtes, das, prophetisch vorausschauend, den Tag sieht, den wir alle erhoffen, ersehnen, erwarten:

O Blut, das ward vergossen!  
O Tränen, die geflossen!  
Zeit des Zerrissenseins!  
Tirol ist eins!

Heimat der schönen Lenze!  
Der Brenner ist nicht Grenze!  
Nach unerhörtem Leid —  
Gerechtigkeit!

Wie bitter hieß es warten,  
Du Stadt am Rosengarten;  
Land paradisesgleich —  
Zu Österreich!

Nach Jahren der Zerstückung,  
Verwirrung und Bedrückung  
Ein Herz, ein Mund, ein Schrei:  
Tirol ist frei!

Nun hat die Not ein Ende!  
Reicht, Brüder, Euch die Hände  
Aus Nord- und Südtirol:  
Ein Land Tirol!

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

**Präsident**: Wird das Wort gewünscht? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Ich ersuche jene Frauen und Herren, die der EntschlieÙung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Die EntschlieÙung ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.  
Ich schreite zum Schluß der Sitzung.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Bevor wir auseinandergehen, ist es mir ein Bedürfnis, den Frauen und Herren und durch sie der Bevölkerung Österreichs die besten Wünsche für die Weihnachtsfeiertage und gleichzeitig, weil wir vorher nicht mehr zusammenkommen, auch die besten Wünsche für das Neue Jahr darzubringen. Ich schlieÙe in diese meine Wünsche auch den Herrn Bundeskanzler und seine Mitarbeiter in der Regierung ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Anfragen werden eingebracht: Von den Abg. Richard Wolf, Blümel, Wedenig, Marchner, Lagger, Stampler, Petschnik u. G. an den Bundeskanzler, betr. das Schicksal der aus den südlichen Grenzgebieten nach Jugoslawien verbrachten Zivilpersonen (1/J.);

von den Abg. Speiser, Proft, Stika, Stampler, Dr. Koref, Wedenig, Zechtl, Proksch, Linder u. G. an den Bundesminister für Inneres, betr. die Linderung des Loses und die Heimkehr der österreichischen Kriegsgefangenen (2/J.).

**Schluß der Sitzung: 13 Uhr 35 Minuten.**